

Das Fanal von Duékoué (März 2011, 80 km südlich von Man) : *Das Grund - und Bodenproblem ist die URSACHE, das Blutvergießen nach den Wahlen die FOLGE. Es muss eine Lösung für DIE URSACHE gefunden werden.*

Benjamin Effoli, Präfekt von Duékoué, 1. November 2011, zit. <http://www.jeuneafrique.com>

Landkonflikte in den Monts Toura aus Sicht der Tura von 1998 bis 2011

Zeugnisse und Berichte, gesammelt und kommentiert

von Prof. Dr. Thomas Bearth, www.flashcable.ch

Gibt es etwas Schlimmeres als Krieg? Nach bald einem Jahrzehnt der Unstabilität in der Elfenbeinküste und nach einer bürgerkriegsartigen Nachwahlperiode von Dezember 2010 bis Mai 2011 müsste man auf diese Frage ein klares Nein und ein Bekenntnis zum Frieden erwarten, um welchen Preis auch immer. Es lässt daher aufhorchen, wenn ein hoher Beamter, zuständig in seinem Bereich für die Region der „18 Berge“ im Westen der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire), sagt: **Der Friede ist für sie schlimmer als der Krieg.** Mit „sie“ meint er die Tura, die Volksgruppe, zu der er selbst gehört. Und er machte diese Bemerkung nicht beiläufig im privaten Gespräch, sondern in einem Interview mit einem viel gehörten Radiosender.

Dabei geht es in dem Interview tatsächlich um den Frieden. Um das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, die sich denselben Lebensraum streitig machen. Auf das Land als Ganzes bezogen, geht es darum, das Zusammenleben von Menschen und Menschengruppen wieder möglich zu machen, die sich in fast zehn Jahren extremer politischer Polarisierung abwechselnd als Todfeinde bekämpften und nach einem wie immer gearteten gemeinsamen *Modus vivendi* suchten. Es geht darum, den Reflex, Probleme mit Gewalt zu lösen, in den Herzen, in den Dörfern und in den Quartieren der großen Städte zu überwinden, die Grundlage für eine gemeinsame Zukunft zu legen, den Weg zum Dialog zu finden. Versöhnung steht an oberster Stelle auf dem Programm der neuen Regierung. Denn eines scheinen die Meisten begriffen zu haben: ein funktionierendes Zusammenleben und Zusammenwirken, soziale Kohäsion, wie der geläufige Ausdruck dafür lautet, ist Voraussetzung für den Entwicklungssprung, den sich die Regierung auf die Fahne geschrieben hat und der das Land wieder in die vorderste Reihe der Entwicklungs- und in den Vorhof der Schwellenländer bringen soll, den man vor vielen Jahren schon einmal in Griffnähe gewöhnt hatte.

Die Tura

Sie sind Fremde im eigenen Land, Flüchtlinge in den eigenen Dörfern, Gejagte in den Bergen, die ihre Vorfahren nach ihrer Überlieferung friedlich besiedelt oder vor etwa drei Jahrhunderten auf der Suche nach einem geschützten Lebensraum von einem ansässigen „Vater der Erde“ (Erstansiedler) zugewiesen bekommen hatten. Der Gedanke, sich vom Staat ein Stück Papier ausstellen zu lassen, das ihr Recht bestätigt, hier zu leben und ihre Nahrung dem steinigen Boden abzugewinnen, und für dieses Papier gar noch zu bezahlen, wäre niemandem in den Sinn gekommen. Jeder im Dorf und meist auch im weiteren Umkreis wusste, welches Stück Erde wem gehörte. Niemand wäre auf den Gedanken gekommen, Land zu kaufen oder zu verkaufen. Wenn jemand Anbaufläche benötigte, um Reis oder Maniok anzupflanzen und seine Familie zu ernähren, so nahm er ein Huhn und einen Krug Palmwein und brachte seinen Wunsch beim Landeigentümer an. Dieses Leasingssystem kam den Bedürfnissen aller entgegen. Gerade weil die Eigentumsverhältnisse bestens bekannt waren und von allen respektiert wurden, war bis vor einigen Jahren genug Land für alle da.



Im Herzen des Turalandes. Im Vordergrund zum Trocknen ausgelegter Kaffee

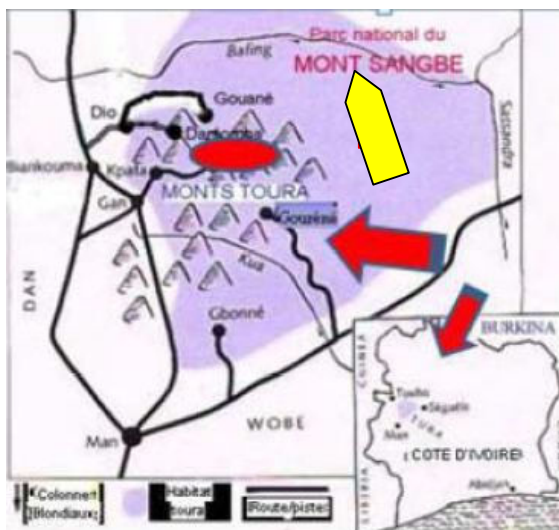


Im selben Boot. Fischer aus Mali leben mit einheimischen Ackerbauern in Symbiose. Für Fremde ist Platz. Für Xenophobie nicht.

Nicht nur das: auch für Fremde war Raum, für „Allochtone“ (Ivorer anderer Sprache) wie für „Allogene“ (Nicht-Ivorer). Es gibt kaum ein Dorf, in dem nicht eine oder mehrere Familien aus den Nachbarländern Mali, Guinea oder Burkina permanentes Wohnrecht genießen. Viele von ihnen sind dort heimisch geworden, ihre Kinder sprechen Tura.

Als bei Kriegsbeginn im Spätjahr 2002 Hunderte vor der heranrückenden Rebellion flohen, fanden viele von ihnen in Turadörfern, die wegen ihrer Abgelegenheit von den Kampfhandlungen verschont geblieben waren, Asyl, Aufnahme und den täglichen Reis.

Es mutet wie eine bittere Ironie der Geschichte an, dass Dörfer, die damals sogar ihr Saatgut gaben, um Fremde verschiedenster ethnischer und politischer Zugehörigkeit über Wasser zu halten, die bei ihnen vor dem Krieg Zuflucht gesucht hatten, heute als Nebenwirkung des Friedens über die undichten nördlichen Landesgrenzen von Allogenen kolonisiert und von ihrem angestammten Grund und Boden verdrängt werden.



Traditionelles Wohngebiet der Tura und Stossrichtung der Kolonisierung (rote Pfeile).

Die Invasion macht auch vor dem Mont Sangbe-Nationalpark nicht Halt (gelber Pfeil).

Wir haben keinen Platz mehr, um unseren Reis und Maniok anzubauen. Die M. haben all unser Land beschlagnahmt.

Ein Bewohner eines Dorfes im Turaland.

Ausführlicher Bericht siehe unten.

Elefanten gibt es praktisch keine mehr. Man riss ihnen die Stosszähne aus und verkaufte das Elfenbein. Die M. sind dabei den Park zur Kakaopflanzung zu machen. Sie haben Bewaffnete bei sich. Wir vermögen nichts dagegen.

Einwohner von Gouané (am SW-Rand des Nationalparks) an der 50-Jahr-Feier des Endes der französischen Kolonisation (Unabhängigkeits-Jubiläum) am 7. August 2010.

Vom Krieg zum Frieden – vom Frieden zum Krieg?

Wie auch in Landkonflikten anderswo auf der Welt spielt dabei das Geld eine wichtige Rolle. Im Fall der Tura kann man sagen: eine zunehmende Abhängigkeit vom Geld für die Grundbedürfnisse bei steigenden Marktpreisen und gleichzeitigem Einkommensschwund hat eine Situation geschaffen, in der das ererbte Land zum Notgroschen wird. Im September 2007 hatten es die Ältesten von vier Dörfern zwar nochmals feierlich bekräftigt:¹ *Niemand hat das Recht das Land seiner Väter zu verkaufen. Grund und Boden sind unantastbar.* Doch schon die Tatsache, dass an das Verkaufsverbot mit geradezu beschwörenden Worten erinnert werden musste, deutete darauf hin, dass die Tura-Gesellschaft bezüglich der Frage des Umgangs mit Grund und Boden tief gespalten ist.

Zu verlockend ist die Aussicht, dem chronischen Geldmangel durch Landverkäufe abzuweichen. Land ist ja gratis zu haben, und man bekommt eine Stange Geld dafür, ohne einen Finger zu rühren. Eine Versuchung insbesondere für Schulabgänger, die zwar rechnen gelernt haben, in der Stadt aber keine Arbeit gefunden hatten, und doch ihre Zukunft auch nicht mehr in den kleinbäuerlichen Fußstapfen ihrer Väter sehen.

Nach Käufem brauchte man sich nicht lange umzusehen und mit Kaufverträgen verlor man keine Zeit. In einer pervertierten Form der traditionellen Handelsbeziehung, in der das gegebene Wort mehr gilt als das Papier, das die meisten ohnehin nicht lesen und dessen Klauseln noch weniger Menschen verstehen können, spielt es für die Käufer keine Rolle, ob nun der Anbieter wirklich der Besitzer ist oder nicht. Damit klar zu kommen, ist schlussendlich dessen Angelegenheit.

Für die Käufer war die Hauptsache, dass sie mit einem Schein von Legitimität sagen konnten, sie hätten das Land erworben und seien somit dessen Eigentümer. Daraus leiteten sie für sich das Recht ab, es allenfalls noch in der auf den Handel folgenden Nacht bei künstlichem Licht in Besitz zu nehmen und auf der zertretenen und zerstörten Saat der ahnungslosen einheimischen Bauern ihren Kakao anzupflanzen. Dabei brauchte man es auch mit den Grenzen des auf diese Weise erworbenen Landes nicht genau zu nehmen.

Doch wer sind die Käufer? Was wollen und suchen sie? In wessen Auftrag kommen sie? Mit wessen Wissen und Einwilligung? Zunächst schien sich das Phänomen noch als Summe von Einzelfällen erklären zu lassen, als unkoordinierte Aneignung von Landparzellen durch Gruppen von Zuwanderern, die im reinen Eigeninteresse handelten. Doch mit dem Abschluss des Friedensabkommens von Ouagadougou am 4. März 2007, das dem ivoirischen Bürgerkrieg offiziell ein Ende setzte, ändert sich das Bild. Der Friedensschluss von Ouagadougou, mit Recht als ein Meisterwerk regionaler, nicht vom Taktstock der westlichen Führungsmächte oder der UNO bestimmter Diplomatie gelobt,² war zugleich, zeitlich gesehen, der Auftakt zur einer Verschiebung in größerem Stil von Landarbeitern aus dem Nachbarstaat, auf dessen Boden der Friede geschlossen worden war und dessen Präsident in der Rolle des Vermittlers daran beteiligt war,³ nach der Elfenbeinküste.

Die Siedler kamen nun nicht mehr auf leisen Sohlen, sondern wurden mit Lastwagen und Bussen zweimal wöchentlich an Sammelplätze am Südostrand der Turaberge geführt, von

¹ Workshop am Rande des Festivals „Sprache und Versöhnung“ in Yaloba, 15.-16. September 2007. Sponsoren: Schweizerischer Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung, Volkswagenstiftung.

² Das Abkommen als Gesamtwerk, einschließlich der verschiedenen Anhänge, reflektiert einen Prozess, der als „dialogue direct“ populär wurde, auf dessen Ergebnis die Afrikanische Union ihre Vermittlungsversuche während der postelektoralen Krise stützte und von dem man sagen kann, dass er auch heute, nach Beendigung dieser Krise, keineswegs zur Makulatur geworden ist. <http://fr.wikipedia.org/wiki/accord_de_ouagadougou>

³ Unter dem Gesichtspunkt der oft monierten Involvierung Burkina Fasos in die Vorgeschichte des Konfliktes ist zu beachten, dass dessen Präsident die Rolle des Vermittlers in seiner Eigenschaft als amtierender Vorsitzender der westafrikanischen Staatengemeinschaft inne hatte, NICHT in der eines Präsidenten seines Landes.

wo sie über die Anhöhen ausschwärmten, um das – manchmal schon vorher ohne Wissen der Eigentümer „gekauft“ – Land in Besitz zu nehmen. Etappenweise wurde so von Osten und Südosten her ein Keil de facto gewaltsam enteigneter Anbauflächen bis in das hochgelegene zentrale Kernland „Yiriguélé“ vorgetrieben (auf der Karte mit der roten Ellipse angedeutet), der inzwischen begonnen hat, auch auf die weiter westlich gelegenen Turadörfer überzugreifen.

Beschwerden oder Widerstand hatten im Allgemeinen wenig Aussicht auf Erfolg. Die Kader der Rebellion, die die Gegend, Friede hin oder her, als ihre Pfründe verwalteten und meist selbst aus dem Norden kamen, neigten dazu, zugunsten der Neuankömmlinge zu entscheiden, mit denen sie gemeinsame Interessen, eine gemeinsame Kultur und die gemeinsame Sprache verbanden. Doch auch die Neuankömmlinge waren in bewährter kolonialer Manier für allfällige Gegenwehr gerüstet; zumindest einige von ihnen trugen die Machete in der einen, die Kalaschnikow in der anderen Hand. Es gilt als sicher, dass auch Mitglieder der Rebellenarmee, die nicht in die sich neu konstituierende Armee unter gemeinsamem Kommando aufgenommen wurden, sich durch die Teilnahme an dem weitmaschigen Raubzug auf die natürlichen Ressourcen des Westens des Landes einschließlich der dortigen Naturschutzgebiete schadlos halten.⁴

Die Neuankömmlinge erwecken im Übrigen keineswegs den Eindruck von Pionieren auf der Suche nach einer gesicherten Lebensgrundlage für sich und ihre Familien. Ihr scheinbar von keinen Rücksichten und keinem Erklärungsbedarf gebremstes Vordringen in bewohnte und bereits genutzte Gebiete ansässiger Bevölkerungen deutet auf eine Rekrutierung durch potente Unternehmer mit dem Ziel, traditionelles Ackerland in börsennotierte Kakaoplantagen umzuwandeln, ohne Rücksicht auf vorhandene Ansprüche.

+++

Die folgenden Zeugnisse von Dorfbewohnern⁵ von dem nach Südosten gewandten Hang des Berglands der Tura vermitteln einen Eindruck von der Tragödie aus dem Blickwinkel der Betroffenen. Es sind Berichte über einen lebensbedrohlichen Konflikt, der in zunehmender Intensität über die lokale Bühne geht, fern von jeder öffentlichen Aufmerksamkeit.

Erfahrungsberichte

Der nachfolgende Bericht aus Z blendet weit in die frühen Anfänge des Problems zurück – in die Zeit, als noch der letzte verblässende Glanz des Wirtschaftswunders, als das die Elfenbeinküste bekannt war, über dem Land lag: Ein Jahr vor dem ersten Staatsstreich. Das war das Jahr der letzten Volkszählung und das Jahr, als das neue das Landgesetz, das Ivorern das alleinige Recht auf Grundbesitz zusprach, vom Parlament verabschiedet wurde. Es ersetzte den liberalen, freizügigen Umgang mit Landbesitz nach dem vom Staatsgründer formulierten Motto: „Wer das Land bebaut, dem gehört es“ ab.

GT erzählt:

Das Übel begann kurz vor dem Krieg, im Jahre 1998. Zuerst kamen sie unter einer falschen Identität, als Wan⁶ Schnell wurde aber klar, dass dies keine Wan waren, sondern Leute, die die Sprache der Mossi sprachen⁷

⁴ Der SOFRECO-Bericht spricht einerseits von „paysans armés“ (S. 116), andererseits von „rebelles démobilisés“ (S. 118). SOFRECO 2009. *West Africa Post-Conflict Environmental Analysis Rapport final*, mars 2009 (unpublished). [= Weltbank WBZ24579-d].

⁵ Der Übersetzung aus der Lokalsprache ins Französische und aus dem Frz. ins Deutsche sei wärmstens gedankt.

⁶ Die Wan sind eine andere ethnische Minderheit, die derselben Völkergruppe angehören wie die Tura. Sie wurden beim Bau des Kossou-Staudamms aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet in der Zentral-Elfenbeinküste ausgesiedelt.

⁷ Die Mossi sind die bevölkerungsstärkste Ethnie von Burkina Faso. Viele Mossi leben seit langem in der Elfenbeinküste.

Im April 2005 versammelte sich das ganze Dorf und fasste den Beschluss, dass unser Land nicht zu verkaufen ist. Doch kurz danach wurde das Dorf von bewaffneten Rebellen heimgesucht. Sie drohten, alle, die sich der Installation der M. in unseren Wäldern widersetzen würden, ins Gefängnis zu werfen. Doch als die Sache vor den höchsten Chef der Rebellen in der Unterpräfektur kam, entschied dieser zu unseren Gunsten. Damit war das Recht wieder hergestellt, und der Friede kehrte in unser Dorf zurück. Aber bereits im Jahre 2006 drangen wieder M. in die Wälder ein, diesmal mit Waffengewalt, und ihr Anführer erklärte, dieses Mal würden sie bleiben. Dabei haben sie mein acht Hektaren großes Kakaofeld zerstört, um anstelle davon *ihren* Kakao zu pflanzen. Seither habe ich kein Recht mehr mein Land zu betreten. Sie zerstören sogar Felder, auf denen wir unsere Grundnahrungsmittel anbauen

Im Juli 2008 kam eine andere Gruppe, eskortiert von einem Berater des obersten Militärkommandanten. Am Dorfeingang angekommen, gaben sie Schüsse ab, um die Dorfbewohner einzuschüchtern. Daraufhin suchte das ganze Dorf Zuflucht im Busch.

Wir sind Fremde auf unserem eigenen Land geworden. Wir können nicht mehr auf unsere Felder gehen.



Bis zur Kolonialzeit waren die felsigen Anhöhen die bevorzugte Bauzone der Tura



Dorfmarkt: Der Landraub bedroht den lebensnotwendigen Kleinhandel mit Reis, Mais, Bananen

Das Dorf G. hat eine bewegte Geschichte. In vorkolonialer Zeit war es auf dem Gipfel des Felskopfes im Bildhintergrund angesiedelt, zu dem nur ein schmaler, steiler Pfad hinaufführt. Dennoch konnten sie sich 1897 nur durch die Flucht der Massakrierung durch die Truppen Samorys entziehen. (Samory führte einen Eroberungskrieg mit dem doppelten Ziel der Islamisierung und des Widerstands gegen die französische Kolonialmacht. Er wurde 1898 ganz in der Nähe von den Franzosen gefangen genommen.) Ein alter Patriarch erzählte in den 70-er Jahren, wie er auf jener Flucht, zur Zeit des Höhepunkts der Regenzeit, als kleiner Junge seinen Hühnerschlag auf dem Kopf durch den hoch gehenden Bach hindurch rettete. Später hat sich das Dorf auf dem Berg während einiger Zeit mit Hinterlader und Pfeil und Bogen erfolgreich gegen die Einnahme durch die französischen Kolonialtruppen verteidigt. Als in den 70-er Jahren ein Sohn des Dorfes anfing, das Evangelium zu predigen, wurde dies von der Mehrheit als Bedrohung wahrgenommen. Daraus erwuchs eine jahrelang andauernde, zum Teil blutig ausgetragene Polemik. Als Antwort ließ der damalige Innenminister das Prinzip der freien Religionsausübung in der Gegend proklamieren, mit bis heute anhaltendem Erfolg.

Eine Generation später sieht sich das Dorf, in dem inzwischen die konfessionelle Vielfalt heimisch geworden ist, erneut vor die Existenzfrage gestellt. Und dies, nachdem man noch im April dieses Jahres beschlossen hatte, keinerlei Landverkäufe zu dulden.

Bericht eines Dorfbewohners von G.

Im November 2010 tauchten die ersten M. auf den Feldern unseres Dorfes auf. Eines Tages inspizierte ich meinen Grund und Boden, da wir einige von ihnen in den benachbarten Wäldern gesichtet hatten. Sie hatten schon die Felder von mehreren Dorfbewohnern besetzt. Ich hatte mich entschieden, meinen Teil des Waldes zu roden, aus Angst, dass er sonst von ihnen in Beschlag genommen werden könnte. Aber während ich beim Roden war, kam plötzlich einer von ihnen an und sagte, dass ich mit meiner Arbeit nicht weiterzufahren brauche. Er sei jetzt der Besitzer dieses Landes. Er hatte Kakaosetzlinge dabei, die er in meiner Gegenwart zu pflanzen anfing. Der Vorfall kam vor den Ältestenrat des Dorfes. Diese entschieden, dass ich meine Arbeit auf dem Feld fortführen solle. Eines Tages, als ich in Begleitung meines jüngeren Bruders wieder aufs Feld ging, traf ich dort die gleichen Leute wieder an. Derjenige, der ihr Chef zu sein schien, drohte mir: „Was suchst du hier? Habe ich dir nicht verboten hier zu erscheinen? Wenn ihr den Krieg wollt, könnt ihr ihn haben“. Seither bin ich nie mehr auf mein Feld gegangen.



Die M. rücken mit nagelneuen Motorrädern an. Woher haben sie diese? Woher haben sie das viele Geld? So wird in den Turadörfern gerätselt. Der Kleber auf der Motorhaube trägt das Bild des burkinischen Präsidenten.



Kein Gruß, kein Dialog. Eine Gruppe von M. unterwegs durchs Turadorf zum Feld.

Drohungen sind nicht auf die leichte Schulter zu nehmen

Ich heiße TA. Im Monat Januar wurde ich informiert dass sich ein M. auf meinen Feldern herumtreibt. Am anderen Tag begab ich mich auf mein Land, und tatsächlich war da einer und bearbeitete das Feld. Er holzte alles ab und pflanzte Kakao. Ich fragte ihn nach dem Grund seiner Anwesenheit auf meinem Grundstück. Er sagte mir, dass ihm das Feld von DD verkauft wurde. (DD ist ein junger Mann aus unserem Dorf.) Ich habe ihm geantwortet, dass das Feld, das DD ihm angeblich verkauft hat, gar nicht DD gehört. Ich bat ihn das Feld zu räumen. Er antwortete mir, dass er da bleibe. Er sei der neue Besitzer. Eines Tages griff er mich während der Feldarbeit mit der Machete an.

Erst im Mai, während der Aussaat, bin ich wieder aufs Feld gegangen. Während ich dort arbeitete, kamen fünf M., darunter derjenige, der mir schon früher gesagt hatte, dass mein Grundstück jetzt ihm gehöre. Die fünf haben mich zuerst geschlagen und dann gesagt, sie seien gekommen um Schluss mit mir zu machen. Dann seien sie wenigstens sicher, dass sie mich nie mehr hier antreffen würden. „Dieses Stück Land gehört jetzt uns“, wiederholten sie mit Nachdruck. Andere Dorfbewohner in der Nähe hörten meine Hilferufe und eilten herbei. So kam ich wenigstens mit dem Leben davon.

Es kam zur Verhandlung vor dem Kantonschef (traditionell oberster einheimischer Chef einer Gruppe von Dörfern). Das Urteil lautete zu meinen Gunsten: Der M. müsse mein Grundstück verlassen und mir für Körperverletzung Genugtuung leisten. Seither habe ich ihn nicht mehr auf meinen Feldern gesehen. Allerdings habe ich auch keine Entschädigungszahlung erhalten.

Aktuelles Stimmungsbild aus dem Dorfverbund von M.

Der Name des Dorfes M., den ihm seine Einwohner gegeben haben, bedeutet „Ort des Einverständnisses“. M. ist das Ergebnis einer lokalen Initiative zur Zusammenlegung von vier Dörfern, die erst kürzlich stattgefunden hat. Eines dieser Dörfer ist G., wo lange Zeit ein sagenhaft alter Tura lebte. Er berichtete aus eigener Anschauung von den bewaffneten Konflikten in vorkolonialer Zeit, zum Beispiel von dem siebenjährigen Krieg, der durch den Streit um eine Tafel Salz ausgelöst worden war. Diese Berichte wurden, wie auch der des kleinen Jungen mit dem Hühnerstall auf dem Kopf, zweisprachig veröffentlicht und sind bei den Tura sehr beliebt.

Die Situation ist so kritisch, dass wir uns auf dem Weg zum Feld manchmal bei Selbstgesprächen ertappen. Wir sprechen sogar zu den Blättern, die auf dem Boden liegen. Wir haben keinen Platz mehr, um unseren Reis und Maniok anzubauen. Die M. haben all unser Land beschlagnahmt.

Die beiden letzten Beiträge gewähren einen Blick in das Drehbuch des Dramas, das sich seit 1-2 Jahren bei den Tura abspielt und die desperate Rechtslage, die ihre Sache zuweilen aussichtslos erscheinen lässt.

Bericht eines Einwohners von M.

LL aus dem Dorf G. hat mein Land an die M. verkauft. Als Folge davon befinden sich heute an die vierzig M. darauf. Ich habe keinen Platz mehr, um etwas anzupflanzen, nicht einmal mehr was ich für die Ernährung meiner Familie benötige. Ich habe mich mehrfach beim Dorfschef beklagt und bekam Recht. Aber eines Tages, als ich auf dem Feld war, kamen Soldaten und nahmen mich mit. Ich kam in Untersuchungshaft wegen meiner Felder. Als ich wieder auf freiem Fuß war, hatte es immer noch M. auf meinem Gelände. Dieses Mal ging ich zum Unterpräfekten, um ihn um Hilfe zu bitten, damit er diese Leute vertreibt. Auch der Unterpräfekt verurteilte die Übergriffe. Ich bekam außerdem Recht gegen LL, der meine Felder verkauft und behauptet hatte, dass er der Besitzer sei. Der Unterpräfekt ordnete an, dass die M. das Grundstück verlassen müssen. Doch die beiden Landverkäufer, unsere eigenen Stammesbrüder, LL und DD, behaupten, dass es kein Gesetz mehr gebe. Sie empfehlen denen, denen sie die Grundstücke verkauft haben, in aller Ruhe weiter zu arbeiten und sich nicht um die Anordnungen des Unterpräfekten zu kümmern.

Deshalb fahren diese fort, ungehindert auf unseren Feldern zu arbeiten, den Anordnungen des Unterpräfekten zum Trotz. Sie zerstören unsere Reis- und Kaffeefelder, um ihren Kakao zu pflanzen. Wenn sie zum ersten Mal auf einem Feld auftauchen, machen sie als erstes alles kaputt, was sich darauf befindet, um dann ihren Kakao zu pflanzen. Das noch übrige Land reicht nicht einmal mehr, um den Reis anzubauen, den wir für uns selber brauchen. Am Anfang machte man sich noch gegenseitig Mut, um trotz allem aufs Feld zu gehen. Aber heute kann man das nicht mehr, denn die M. haben *Dozos* zu ihrer Unterstützung angefordert, (*Dozos*: die traditionelle Järgergilde, die ‚Polizei‘ des Nordens, die im ivorischen Krieg auf der Seite der Rebellion eine wichtige Rolle gespielt haben, und als Söldner in den westafrikanischen Kriegen dienen.) Diese gehen rücksichtslos gegen alle vor, die es wagen sollten, auf dem Gelände auch nur zu erscheinen, das ihre Auftraggeber für sich beanspruchen.

Ein einheimischer Landeigentümer aus dem Nachbardorf von G. erzählt:

Ich besitze ein Feld auf dem Gebiet des Turadorfes Gw (nicht identisch mit Gn oder G). Vor einiger Zeit, als ich krank war, traf mein Sohn dort einen M. an, der auf meinem Feld arbeitete. Der Mann heisst GG. Mein Sohn hat ihn aufgefordert den Ort zu verlassen. Aber jedes Mal, wenn man dorthin kommt, findet man ihn bei der Arbeit im Wald, der uns gehört.

Bei der Verhandlung (vor den Dorfältesten?) stellte sich dann heraus, dass mein Nachbar ihm tatsächlich Land verkauft hatte. Er aber hatte die Gelegenheit dazu genutzt, um sich gleich noch einen Happen meines Landes anzueignen. Man hat uns daraufhin gesagt, dass die Grenzen unserer Grundstücke deutlich zu markieren seien. Wir haben die Grenzen mit Farbe markiert und einen Grenzstein gesetzt. Aber in der folgenden Nacht hat derselbe M. den Grenzstein versetzt und die Farbe entfernt, die dazu diente unsere Felder voneinander abzugrenzen. Nachher hat er Kakao gepflanzt auf dem Teil, der uns gehört und den er sich unrechtmäßig angeeignet hatte. Nachdem wir ihm auf die Schliche gekommen waren, haben wir ihn vor den Unterpräfekten vorladen lassen. Er ist aber nicht gekommen, sondern fuhr fort auf dem Felde zu arbeiten, das er uns gestohlen hat.

Daraufhin rissen wir die Kakaopflanzen aus, welche er auf der Parzelle gepflanzt hatte, die uns gehört. Als er feststellte, dass wir seine Setzlinge ausgerissen hatten, bedrohte er meinen Sohn mit dem Gewehr und erstattete Anzeige gegen uns. Daraufhin wurde eine Untersuchung angeordnet. Alle Beteiligten waren sprachlos, als sie feststellten, dass die Farbe tatsächlich entfernt worden war und dass der Grenzstein versetzt worden war. Ich habe Arbeiter, die auf diesem Feld für mich arbeiten und die schon mehrmals von diesem M. mit der Waffe bedroht wurden.

Fragen

- Welches sind die Gründe und Umstände, die eine Bevölkerung in einem solchen Ausmaß zum Spielball rücksichtslosen Durchsetzung „höherer“, wirtschaftlich oder politisch motivierter Interessen werden lassen?
- Welcher Art von Spekulation sollen hier das Existenzrecht, das Recht auf Besitz und eine auf Selbstversorgung und die Bedürfnisse der regionalen Märkte ausgerichtete Subsistenzwirtschaft einer seit Jahrhunderten ansässigen Bevölkerung Platz machen? Wer sind die Auftraggeber dieses agro-industriellen Coups? Wer profitiert davon?
- Wie konnte es dazu kommen, dass ausgerechnet das Friedensabkommen von Ouagadougou Anlass einer verhängnisvollen Entwicklung wurde, die heute kurz- und mittelfristig eine neue Bedrohung des Friedens darstellt und von Vertretern beider Parteien auch ausdrücklich so wahrgenommen wird?

Doch zuvor noch eine Episode, die sich einen Monat nach der Aufnahme dieser Berichte zwischen zwei der Dörfer abspielte: Eines Morgens kam eine große Zahl von Dozos, den bewaffneten Hütern der Ordnung aus dem Norden, die dort, und inzwischen überall im Westen und Süden der Elfenbeinküste als parastaatliches Polizeikorps fungieren, in das Dorf Gn. Sie berieten dort mit Turas, die das Land verkauften, über eine Strafaktion gegen das Dorf G., wo man den M. nicht freie Hand ließ. Ein junges Mädchen aus dem Dorf Gn. hörte, was besprochen wurde, und rief sofort AA an. Dieser alarmierte die Behörden, u.a. den Unterpräfekten. Sie begaben sich an den Ort des Geschehens, worauf die Dozos von ihrem Vorhaben abließen, freilich nicht ohne dass einzelne von ihnen den Dorfcchef von G. misshandelt hatten.

Was passiert wäre ohne die Geistesgegenwart und den Mut dieses jungen Mädchens, ist schwer zu sagen. Ein Blutbad, wie es an anderen Orten bei Widerstand gegen die Auflagen der neuen Herren kam? Das Beispiel zeigt, dass Angriffe auf die Bevölkerung und ihre Entrechtung in dieser Form nur möglich sind, solange niemand davon weiß. Bereits was an die lokale Öffentlichkeit dringt, kann Gegensteuer geben. Man kann daraus ableiten, dass

dies in noch stärkerem und grundsätzlichem Mass der Fall sein wird, wenn Vorgänge wie die im Turaland konstatierten endlich an die nationale und globale Öffentlichkeit gelangen.

Die lokale Wirtschaft im Griff der Rebellion

Während fast eines Jahrzehnts, von 2002 bis vor kurzem,⁸ unterstand das westliche Bergland, in dem die Tura einen in sich geschlossenen Lebensraum bewohnen, in allen zivilen Belangen einem Zonenkommando, das seinerseits der Zentrale der Rebellion in Bouaké unterstand. In Ermangelung einer demokratischen Legitimation übte die Rebellion ihre nahezu unbegrenzte Macht, die sie ja ausschließlich den Waffen verdankte, in einem faktisch rechtsfreien Raum mit dem administrativen Know-how des improvisierten Kasernenhofs in der Nähe von Ouagadougou aus, wo sie mit Unterstützung der burkinischen Regierung den Militärcoup von 2002 vorbereitet hatte.

Was den sich von Anfang 2003 bis 2007 hinziehenden Friedensprozess angeht, so hatte die im Rebellengebiet lebende Bevölkerung auf dessen Inhalt und Umsetzung (wie in solchen Fällen üblich, doch warum eigentlich?)⁹ keinerlei Einfluss und hat am eigenen Leib fast nur seine Schattenseiten erlebt: Zwar profitierte sie von der Unterbindung weiterer Kampfhandlungen und der Neutralisierung der Angriffspotentiale beider Seiten im Gefolge der Waffenstillstandes und der verschiedenen Friedensabkommen.¹⁰ Von der Öffentlichkeit und den internationalen, ja selbst nationalen Akteuren weitgehend unbeachtet blieben jedoch die katastrophalen Folgen des von der ivoirischen Volkswirtschaft losgelösten Schattenwirtschaftsimperiums, über das die Führungskader der Rebellion in den von ihnen beherrschten Gebieten geboten. Die wirtschaftliche Abkoppelung dieser Gebiete als Folge der Zweiteilung des Landes ist eine Haupt-, wenn auch nicht die einzige Ursache der verzweifelten wirtschaftlichen Lage von großen Teilen der Bevölkerung, des Niedergangs der Landwirtschaft und der Zerstörung der Umwelt.

Abgesehen von den Abgaben, die an den zahlreichen Straßensperren von der Bevölkerung und den Transporteuren für Waren erhoben wurden, stammten die Einkünfte der Rebellen aus dem Holzeinschlag und dem Export von Diamanten, Kaffee und Kakao. Die Erträge aus den auf Vermarktung und Export einheimischer landwirtschaftlicher Produkte erhobenen Abgaben wurden aber nicht etwa zur Instandhaltung der Infrastruktur oder der Finanzierung von Dienstleistungen verwendet. Wie der Bericht von *Global Witness* festhält (2007, S. 39), sah sich die Rebellenführung weder im Gesundheits- noch im Ausbildungssektor als zuständig dafür an, die nach dem Exodus der Staatsangestellten seit Ende 2002 klaffenden Lücken der Grundversorgung zu schließen. Am verheerendsten wirkte sich indessen die Vernachlässigung des Straßennetzes aus. Mit den vorhandenen Raupenfahrzeugen wurden zwar Schneisen zum Abtransport der abgeholzten Baumbestände angelegt. Aber für die

⁸ Anfang Oktober 2011 verkündete Guillaume Soro, der frühere Generalsekretär der Rebellion, seither sukzessive Premierminister unter dem früheren Präsidenten Gbagbo und jetzt Premier- und Verteidigungsminister Ouattaras, das Ende der Parallelregierung der Rebellion und die Rückkehr zur zivilen Verwaltung. Es wird sich zeigen, ob sich die bisher weder entmilitarisierten noch kasernierten Kräfte, auf die sich die Rebellion gestützt und mit deren Hilfe sie das politische Ziel der Einsetzung Ouattaras zum Präsidenten erreicht hat, in die subsidiäre Rolle einer der zivilen Regierung unterstellten Armee zurückbinden lassen und damit auch auf einträgliche Privilegien verzichten werden. Die Aufgabe erscheint gigantisch. Denn aus 43000 Mann, die zur Zeit des Friedens von Ouagadougou zu entwaffnen waren, sind nach der Eroberung des Südens und der Schlacht um Abidjan im März-April 75000 Mann geworden (www.abidjan.net, 3. Nov. 2011).

⁹ K. Heitz zeigt in ihrer Studie zum Power sharing, dass dieses zwischen den Verantwortlichen der lokalen Gemeinschaften und dem Rebellenkommando tatsächlich, und zum Nutzen der Bevölkerung, stattfand. Diese Beobachtung die Stadt Man betreffend lässt sich allerdings für das Turaland nach unseren Beobachtungen nicht erhärten. Heitz, Kathrin, 2009. Power-Sharing in the Local Arena: Man - a Rebel-Held Town in Western Côte d'Ivoire. *Africa Spectrum* 44/3. 109-131

¹⁰ Deren Nebenwirkung war die internationale Legitimierung der Rebellenbewegung, angesichts deren jede andere Rebellion, von Kolumbien über den Kongo bis zu den Philippinen, gelb vor Neid werden musste.

Fahrbarmachung der Pisten zu den Dörfern reichte es nicht. Kaffee und Kakao gelangten, wenn überhaupt, nur mit überhöhten Transportkosten zu Lasten der Produzenten auf den Markt. Ernteüberschüsse von Reis und Maniok vergammelten in den Dörfern, statt in die Städte gebracht zu werden, wo sie umso dringender gebraucht worden wären, als dort seit März 2008 der durch die Nahrungsmittelkrise herrschende Preis- und (zeitweise) Versorgungsnotstand die Ernährungssicherheit der Bevölkerung periodisch in Frage stellt.

Kakao auf Abwegen

Geostrategisch gesehen, stellt die Region der „Achtzehn Berge“ mit der Stadt Man als administratives Zentrum einen Sonderfall dar. Als einzige der von der Rebellion kontrollierten Gebiete gehörte sie zu der (auf der Karte braun schraffierten) Kaffee- und Kakaoanbauzone. Durch dieses gemeinsame Merkmal, das sie mit dem wirtschaftlich prosperierenden Süden verbindet, bildete sie eine Enklave in dem von den Rebellen kontrollierten Gebiet. Letzteres umfasste den gesamten nördlichen Teil des Landes und wird durch die (blau-violett markierte) Waffenstillstandslinie begrenzt; die südlich des Berglands und damit auch südlich des Lebensraums der Tura verläuft. Im Vergleich zu dem berühmten „Kakaogürtel“ im Zentrum und im südlicher gelegenen Teil des Westens des Landes handelt es sich zwar um ein relativ kleines Gebiet. Die geringe Ausdehnung des Berglands im Vergleich zu den Anbauflächen im Süden des Landes wird aber durch einen umso gewichtigeren Anteil an dessen Kaffeeproduktion und durch deren besondere Qualität aufgewogen. Auch die Kakaoproduktion ist keineswegs unbedeutend (siehe unten).



Exportwege von Kaffee und Kakao während der ivoirischen Krise

Legende

- Kaffee- und Kakao-Anbauzone der Elfenbeinküste (braun),
- Von der Rebellion kontrolliertes Gebiet (graublau).
- Waffenstillstandslinie 2002-2008 (blauer Gürtel).
- Braune Exklave links: KAFFEE- und KAKAO-Produktion im Hoheitsgebiet der Rebellion.
- Schwarze Pfeile: „normale“ Exportrouten,
- Rote Pfeile: Parallelexportrouten für im Rebellengebiet produzierte Agrarprodukte.

Quelle (ohne schwarze und rote Pfeile): *Global Witness*, „Chocolat chaud“ (2007).

Es leuchtet ein, dass die Rebellenführung auf die Einkünfte aus dem lukrativen Geschäft mit Kaffee und Kakao nicht verzichten wollte. Beide Kriegsparteien waren im Übrigen für den Unterhalt und die Bewaffnung ihrer Streitkräfte auf die Einkünfte aus dem KK-Export angewiesen. Doch wie verhindern, dass Kaffee und Kakao aus dem von der Rebellion kontrollierten Teil des Westens beim Transport zu den Häfen im Süden unter die Steuerhoheit der Regierung gerät und von dieser zur Finanzierung ihres Kampfs gegen die Rebellion verwendet wird? Antwort: *Wirtschaftsblockade gegen Süden; Umleitung Richtung Norden* der gesamten Kaffee-, Kakao- und Baumwollernte sowie anderer Exportgüter aus

dem westlichen Bergland und der angrenzenden Savanne. Es ist nicht bekannt, wie groß der Schaden dieses Parallelexportsystem für den ivoirischen Staat tatsächlich war - die Folgen für die lokale Wirtschaft und die von ihr abhängige Bevölkerung allerdings sind bis heute schlicht katastrophal.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der ivoirischen Krise, dass im Zuge des politisch motivierten und von den internationalen Partnern geförderten Versöhnungsprozesses eine Anzahl von Persönlichkeiten der Rebellion in der Regierung Gbagbo Ministerposten bekleideten. Die wirtschaftlichen Parallelstrukturen blieben aber von diesem Prozess ausgeklammert. Die Profite aus dem Kakao- und Kaffeehandel flossen weiterhin in andere Taschen. Man kann dies natürlich damit rechtfertigen, dass sich auf der Regierungsseite „Operatoren“ nicht weniger unverschämt an dem Vermarktungs- und Exportgeschäft bereicherten, was schon vor den derzeit laufenden Strafprozessen bekannt war. Nur dass eben auch beim Parallelhandel Profiteure die Gewinne abschöpften, ohne dass sie an die Produzenten zurück flossen. Diese waren und sind in allen Fällen die Verlierer.

Global Witness beschreibt im Einzelnen die Auswirkungen der Blockade auf den Kakaohandel.¹¹ Dieser wickelt sich über Burkina Faso und Togo ab, was die Transportwege um mehr als 1000 km verlängert. Der Umweg verursacht nicht nur höhere Transportkosten, sondern auch zusätzliche Abgaben an die örtlichen Kommandanten entlang der Straßen (S. 33ff.) und hohe Zollkosten in den Transitländern Burkina Faso und Togo.¹²

Alle diese Mehrkosten aber hatten weder die bereits seit 2003 in derselben Regierung der nationalen Versöhnung vertretenen Kriegsparteien, noch haben sie der Zwischenhandel oder die Konsumenten im Norden – wir? – zu tragen, sondern sie gehen zu Lasten der Bauern. Unter dem Zwang des letztlich auf Waffengewalt gestützten Monopols eines lokal bis in die letzten Dörfer hinein vernetzten Abnehmer-Kartells, das dank der administrativen Abkoppelung vom Süden nur seinen eigenen Spielregeln verpflichtet ist, waren sie gezwungen, das Produkt ihrer Arbeit zu einem Bruchteil des offiziellen Mindestpreises zu verkaufen.¹³ In dem Wechselspiel von Allianzen und Konfliktparteien, das die ivoirische Krise zu einem oft schwer durchschaubaren Verwirrspiel macht, lässt sich *eine Konstante* feststellen: Ob Krieg oder Frieden, ob diese oder jene Partei regiert, der große Verlierer ist stets die ärmste Schicht der ivoirischen Landbevölkerung.

Ein enormes Geschäft also, das da auf dem Buckel dieses ärmsten Teils der ivoirischen Bevölkerung vorstatten geht. Die jährliche Kakaoausfuhr Richtung Norden soll sich auf immerhin 70000 Tonnen¹⁴ belaufen, was zwar nur etwa 5% der gesamten Produktion der Elfenbeinküste ausmacht, aber ein Vielfaches dessen, was kakaoproduzierende Länder wie z.B. Uganda pro Jahr auf den Weltmarkt bringen. Auf jeden Fall keine Kleinigkeit unter dem Gesichtspunkt der damit verbundenen Gewinne. Keine Kleinigkeit auch aus dem Blickpunkt dessen, was die ICCO, die internationale Kakao-Union, verklausuliert als „unkoordinierte Produktion“ bezeichnet, was im Klartext als unkontrolliertes Wachstum des Angebots zu

¹¹ Global Witness (2007): *Hot Chocolate. How Cocoa fuelled the conflict in Côte d'Ivoire*; Online unter: <http://www.globalwitness.org/sites/default/files/pdfs/cotedivoire.pdf>

¹² Ob beim Export über die Häfen im Süden nicht in vergleichbarem Masse Abgaben aller Art angefallen wären, muss angesichts der notorischen Intransparenz des Sektors dahingestellt bleiben. Siehe dazu *Global Witness*. Hier geht es darum, dass alle diese Kosten in einem Maß auf die Produzenten abgewälzt werden, wie es im Süden nicht der Fall ist.

¹³ Der Erlös für ein Kilo Kakao erreichte im Lauf des Jahres 2010 in abgelegenen Dörfern der Tura gerade noch schäbige 125 cfa (20 cents), weniger als ein Zehntel des offiziellen Mindestabnahmepreises. In Man beklagen sich die Produzentenvertreter Ende Oktober 2011 über einen Abnahmepreis von 350 cfa (L'Intelligent d'Abidjan vom 26. Oktober 2011). Andernorts allerdings beträgt der Abnahmepreis erstmals wieder 600 cfa pro Kilo (c.p.).

¹⁴ Kouamouo, Théophile, 2011 *La Recolonisation de l'Afrique. Le cas de la Côte d'Ivoire* (1ère réédition). Abidjan : Le nouveau courrier/TheBookEdition (pdf), p. 86. Es ist davon auszugehen, dass Statistiken, soweit sie verlässlich sind, die aus der Region Vavoua (Centre-Ouest) nach Norden ausgeführten Produkte mit enthalten.

verstehen ist. Sie hat deshalb in den letzten Wochen eindringlich vor einer Destabilisierung, ja einem drohenden Zusammenbruch des Marktes und den negativen Folgen für das Einkommen der Produzenten gewarnt.¹⁵ In der Tat sind Produktion und Ausfuhr durch die Burkina-Connection nirgends direkt in den Statistiken der ICCO ausgewiesen.¹⁶ Burkina Faso, das in Bobo-Dioulasso eine eigens für den ivoirischen Kakao gebaute Fabrik zur Verarbeitung von 500 Tonnen Kakao pro Tag unterhält,¹⁷ wird in der ICCO-Liste der Kakao-Exportländer gar nicht aufgeführt. Auch die beim Transit durch Burkina Faso als Abnehmer auftretende französische Firma Soeximex verbirgt ihr Tun hinter ihrer Webseite, die zwar die Beteiligung am internationalen Geschäft mit dem Kakao, aber nichts über dessen Herkunft und den langen Weg zu den Märkten erwähnt.

Boom der Sägereien: ein Beutezug gegen die Armen

Eine der paradoxen Folgen des Friedens von Ouagadougou vom 4. März 2007 besteht darin, dass dem paramilitärischen Personal, das in den Reihen der Rebellion gekämpft und anschließend deren Besitzstand zu wahren geholfen hatte, nun, nach dem offiziellen Friedensschluss, die öffentliche Legitimierung fehlte, die es ihm ermöglicht hatte, Strassenzölle und andere Abgaben einzufordern und so trotz fehlender Besoldung zu überleben. Die zuvor an den zahllosen Straßensperren als autoritäre Geste hingehaltene Hand wurde zusehends als Bettelei wahrgenommen oder ignoriert. In Ermangelung einer Alternative verlegten viele von ihnen ihre Aktivitäten in Sektoren, in denen sie sich abseits von den Durchgangsstrassen als bewaffnete Begleiter der skrupellosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Respekt und ein minimales Einkommen verschaffen konnten. Die Bevölkerung wurde damit zur Geisel eines Konflikts zwischen den unteren Chargen der Rebellion und ihrer Hierarchie. Vorsprachen bei deren Vorgesetzten halfen wenig. Denn der Profit, den diese aus den illegalen Einkünften, besonders aus dem Holzeinschlag zogen, floss ja, wie gesagt, keineswegs in die Besoldung der „Elemente“ zurück (quasi-offizielle Bezeichnung für das Fußvolk der Rebellion), die ihnen letztlich diesen Profit sicherten und denen sie es deshalb überlassen mussten, sich auf ihre Weise schadlos zu halten.

Wie immens der durch die illegale Holzindustrie verursachte Schaden ist, lässt sich nur schon anhand der Länge der Zeitspanne erahnen, während der der Kahlschlag schon andauert. Zwei acht Jahre auseinander liegende Aussagen sprechen Bände: „Statt einer sind nun drei große Motorsägen in L. am Werk. Wenn es so weitergeht, dann gibt es in drei Jahren den Reisanbau bei den Tura nur noch in der Erinnerung“, schreibt ein in Man ansässiger Tura-Bauer im Juli 2011. Von dort berichtete schon acht Jahre zuvor, im März 2003, Kurt Pelda, Afrika-Korrespondent der NZZ, der sich als einer der ganz wenigen Journalisten in den damals noch kaum befriedeten Westen gewagt hatte, dass seine Siesta mehr durch die Motorsägen als durch das Knattern der Gewehre gestört worden sei.

¹⁵ Anga, Jean-Marc, 2011. Pour un agenda mondial du cacao. Jeune Afrique 2646, 25 sept-1^{er} oct. 2011.

¹⁶ Die deklarierte Ausfuhrmenge aus Togo hat seit dem Beginn der Export-Umleitung sprunghaft zugenommen.

¹⁷ Kouamouo, www.abidjantalk.com



Schadenfeststellung nach illegalem Holzschlag
Der Landeigentümer erhält weder Abgeltung für die geschlagenen Bäume noch eine Entschädigung für den an seiner Kakaopflanzung entstandenen Schaden. Wer insistiert, wird mit der Waffe bedroht, heißt es übereinstimmend. (September 2010)



Abtransport der zu Brettern verarbeiteten Waldbestände der Region Richtung Norden. Lastwagenreihe am Korridor Nord außerhalb der Stadt Man. (Februar 2009)

Die postelektorale Krise

Als gemäß den Vereinbarungen des Friedensabkommens von Ouagadougou die zivile Verwaltung (Präfekten und Unterpräfekten) im Laufe der Jahre 2007-08 allmählich in die von den Rebellen kontrollierten Gebiete zurückkehrte, war dies ohne Zweifel ein positives Zeichen und erweckte Hoffnungen auf eine rasche Normalisierung der Verhältnisse. Aber solange das staatliche Gewaltmonopol nicht wiederhergestellt war, änderte sich nichts an der Willkür, der die Bevölkerung in den abseits der großen Verkehrsadern gelegenen Dörfern Tag für Tag ausgesetzt war. Alle Klagen dagegen hätten nichts gebracht, meinte, nicht ohne Bitterkeit, der Dorfchef von Z. noch im September 2010, ein paar Wochen vor den Präsidentschaftswahlen. Die Hoffnungen aller waren deshalb auf diese fixiert. Dass sie in einen neuen Konflikt und bürgerkriegsähnliche Wirren münden würden, Fluchtbewegungen nie gekanntes Ausmaßes auslösen würden, über die Grenzen nach Liberia und Ghana, doch vor allem von Abidjan ins Landesinnere, hatte wohl niemand erwartet. Auch die Region von Man hatte ihr Maß an Turbulenzen, konnte diese aber auf dem Weg der Konsensfindung meistern, an der außer den Präfekten auch die Führer der Rebellion beteiligt waren, und so jede Eskalation vermeiden. Obwohl es eine Übertreibung wäre zu sagen, dass es keine Gewaltbereitschaft gegeben habe,¹⁸ war entscheidend, dass in dieser Region jene kritische Linie nie überschritten wurde, jenseits derer es keine Alternative mehr zur Logik von Gewalt und Gegengewalt gegeben hätte. Der Bevölkerung blieben so die Gewaltexzesse erspart, wie sie anderswo die Nachwahlszenarie prägten. Sie sah sich dafür erneut mit der Herausforderung konfrontiert, Flüchtlingen aus Abidjan und den betroffenen Gegenden in der Nähe Zuflucht, Unterkunft und Versorgung zu gewähren, diesmal ohne auf Reserven der Friedenszeit zurückgreifen zu können. Auf dem Höhepunkt der Krise im März-April 2011 wurde diese Überlebenshilfe auch dieses Mal ohne Aufsehen und mit großer Selbstverständlichkeit gewährt. Dies trotz der massiven Verteuerung der Lebenskosten, die

¹⁸ Zu nennen wären etwa Drohungen und vereinzelte Ausschreitungen gegen das immobile Eigentum von Kadern der „präsidientlichen Mehrheit“, die diese um den Wahltermin zur Flucht zwangen, ferner die in letzter Minute abgewendeten Angriffe auf eine Reihe von Turadörfern, die mehrheitlich für diese gestimmt hatten.

durch den Zusammenbruch des Transportsystems und das gezielt gegen die Bevölkerung gerichtete Embargo der Europäer und der Schweiz¹⁹ ins Unerträgliche gesteigert wurde.

Es erstaunt nicht, dass insgesamt in den Dörfern eine negative Bilanz dieser Zeit überwiegt. Zu essen hätten sie zwar noch, meinte derselbe Chef, aber in die Zukunft zu investieren, zum Beispiel den Kindern Schulbildung zu ermöglichen, daran sei nicht zu denken. Am meisten irritiert die Tatsache, dass weder Abholzer noch Landbesetzer die geringste Rücksicht auf geschützte Waldbestände nehmen. Dies trifft auf religiös begründeten Schutzwald nach traditionellem Recht („forêts sacrées“) und Reservate ebenso wie auf den oben erwähnten Nationalpark zu, der etwa ein Viertel des Gesamtgebietes der Tura umfasst.

Licht und Schatten über dem Mont-Sangbé: die ökologische Seite des Konflikts

Ist unter solch prekären Umständen so etwas wie ein verantwortlicher Umgang mit den natürlichen Ressourcen noch denkbar? Der politisch-militärische Konflikt ist wohl nicht die alleinige Ursache für Umweltzerstörung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, trägt aber massiv dazu bei, dass die Spirale von Armut und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen sich immer rascher dreht – eine verhängnisvolle Dynamik, die bereits die Saat des nächsten Ressourcenkrieges in sich trägt. Die Zerstörung der natürlichen Palmhaine durch die Turafrauen zur Herstellung von Besen für den Export in den Sahel, um so das Kleingeld zum Überleben ihrer Familien zu erwirtschaften, ist wie ein stummer Aufschrei einer wirtschaftlich an den Rand der Verzweiflung gedrängten Bevölkerung.

Wichtige Grundbedürfnisse können heute nicht mehr aus dem, was in der Natur wächst, gedeckt werden: die „Sauce“ (auf englisch „Soup“, auf Tura „zein“) zum Reis fehlt - auch deshalb, weil die Natur so weitgehend zerstört ist, dass z.B. die Raupen an den Sambabäumen, eine wichtige Proteinquelle, nicht mehr vorkommen, und durch die Zerstörung der Palmhaine (Video) die Palmratte, eine wichtige Fleischquelle, ihren natürlichen Lebensraum verloren hat. Die verlorene Biodiversität kann und muss durch Produkte ersetzt werden, die auf dem Markt gekauft werden: Maggiwürfel von Nestlé, getrockneter Fisch aus Abidjan usw. *Der Verlust der Biodiversität verstärkt globale Abhängigkeiten.*

Die Einsicht in die Notwendigkeit von Erhaltung von Wald und Biodiversität ist weder neu noch ist sie lediglich Sache der Dorfchefs. Die Gefahr besteht allerdings, dass durch bloßes Laissez-faire dieser gute Wille und das ökologische Erwachen, das in einer Anzahl Dörfer stattgefunden hat, in sein Gegenteil verkehrt wird und mit den Wäldern auch der Wille, sie zu schützen und zu erhalten, zunichte gemacht wird.

Der *Nationalpark des Mont Sangbé* umfasst etwa ein Viertel des Gesamtgebietes der Tura. Er war kurz vor Kriegsbeginn mit EU-Geldern in logistischer Partnerschaft mit dem französischen Parc National du Haut Jura errichtet worden. Nach anfänglicher Ablehnung war er während des Krieges ohne jeglichen Druck von aussen von einigen Dörfern als „unsere Sache“ akzeptiert worden, was auch von Besuchern aus Kreisen der deutschen Entwicklungszusammenarbeits-Organisation GTZ und der ivoirischen Parkbehörde bestätigt wurde. Seit deren Rückzug bei Ausbruch des Krieges ist allerdings dieses für seinen Wildreichtum und sein touristisches Potential beachtliche nationale Erbe in seiner Substanz

¹⁹ Der ehemalige Generalsekretär von Amnesty International, Pierre Sané, hat gefordert, dass die Sanktionsmächte vor dem Internationalen Strafgerichtshof für diese allen humanitären Grundsätzen widersprechenden Zwangsmassnahmen zur Rechenschaft gezogen werden. <<http://actus-cotedivoire.net/lire.php?cle=101&action=lire&channel=>>

akut gefährdet, zuerst durch organisierte Wilderei, seit gut einem Jahr durch die Kakaoplantagen der Zuwanderer aus dem Norden.



Turagebiet mit Nationalpark Mont Sangbé



So unglaublich es klingt: Die Zukunft eines Nationalparks von mehr als nationaler Bedeutung ist heute die erste Sorge derjenigen Dorfgemeinschaften, auf deren enteignetem Grund und Boden der Park errichtet wurde.

Die Tura: Casus belli oder Aushängeschild des Marktführers im Kakaohandel?

Hier läge ein deutliches Signal von Seiten der EU im erklärten Interesse der ivoirischen Parkbehörde und wäre bei der Bevölkerung wahrscheinlich weniger umstritten als Interventionen, um der afrikanischen Demokratie auf die Beine zu helfen. Schließlich geht es ja auch um EU-Steuer Gelder (zwar keine Milliarden, aber immerhin drei Millionen Euro). Andererseits müsste die EU auch den Mut haben, sich energisch auf die Seite der Produzenten zu schlagen statt sich, wie bisher geschehen, hinter französischen Partikularinteressen zu verstecken, diese um jeden Preis zu decken oder gar zu den eigenen zu machen. Eine ähnliche Unabhängigkeit, wo nötig, gegenüber dem EU-Kurs in afrikanischen Angelegenheiten würde man gern bei Gelegenheit des anstehenden Personalwechsels an der Spitze der schweizerischen Außenpolitik auf die Weihnachtswunschliste zu Händen des neuen Amtsinhabers setzen. In einem Fall wie dem der Tura dürfte man sich erinnern, dass Schutz und Förderung von Minderheiten ein Schwerpunkt und im Ländervergleich eine Spezialität der schweizerischen Entwicklungspolitik sind.

Wenn umgekehrt die Zuzügler sich weiterhin, wie im Weltbankbericht dargelegt, ungestraft an den nationalen Schutzzonen vergreifen und sich nun auch auf dem Gebiet des Nationalparks festsetzen dürfen, dann bedarf es dafür keiner speziellen Erlaubnis, sondern nur des Laissez-faire. Dieses aber diskreditiert letztlich alle daran beteiligten Nationalitäten.

Wenn es nun aber bei der Besetzung des Turalandes, wie unten zu zeigen sein wird, gar nicht um die Erfüllung eines immerhin nachvollziehbaren Wunsches nach eigenem Land für den unternehmerischen landwirtschaftlichen Nachwuchs aus dem Nachbarland geht, sondern die industrielle Nutzung von so viel Boden wie möglich das eigentliche Ziel ist, dann ist man versucht, vor dem unwiderstehlichen Phänomen des Landgrabbing, das sich wie

Züge von Kriegerameisen über ganz Afrika hinzieht,²⁰ zu kapitulieren. Stehen wir nicht gegenüber einem solchen Riesen mit den paar Argumenten da wie David mit seinen fünf Kieselsteinen gegen Goliath? Wir hätten dann zumindest einen *Casus belli*, der es rechtfertigen würde, den Kampf auf die Konsumentenebene zu verlegen, damit der aufgrund des Landraubs erfolgende Kakaoexport genauso geächtet würde wie bisher schon Kinderarbeit auf Kakaoplantagen. Aber davon spricht niemand, obwohl es sich um ein Verbrechen handelt, das ganzen Landschaften, Dörfern und Familien und damit auch den dort lebenden und noch zu gebärenden Kindern die Zukunft stiehlt.

Dauerhafte Abhilfe kann hier auf dem Weg der Zertifizierung von Kakao und Kaffee geschaffen werden. Es geht dabei um Nachhaltigkeit – ökonomisch, ökologisch und sozial. Was die Gegend von Man betrifft, ist die Zertifizierung unter dem Impuls ihres Präsidenten, Herrn Doua Obed, heute tatsächlich eine Priorität der regionalen Produzentenorganisation. Nur, bis wir zertifizierten Kakao und Kaffee haben, dauert es einige Zeit, und inzwischen könnte der Park des Mont Sangbé abgeholzt und der Landkonflikt zum Massaker eskaliert sein. Wir ziehen deshalb heute die Alarmglocke.

Stellen wir zunächst klar, dass der Run auf erweiterte Anbauflächen für Kakao trotz des momentanen Produktionshochs höchst kontraproduktiv ist. Wenn dies ein Wirtschaftsskeptiker sagen würde, wäre das eben, was man von ihm erwarten würde. Nun sagt es aber niemand anders als Jean-Pierre Anga, der Exekutivdirektor *ad interim* der Internationalen Kakao-Union.

Es dürfte klar sein, dass, wo es mit rechten Dingen zugeht, es keine einzige Kakao-Bohne aus einem international oder auch nur national zum Schutzgebiet erklärten Territorium auf den Weltmarkt, auf den Kaffeetisch oder in die Schokolade schafft und dass jedes Unternehmen der Branche, das daran vorbei spekuliert, seinen Ruf aufs Spiel setzt.

Genau so undiskutabel muss es sein, dass ein Produkt, das auf gestohlenem Land oder gegen den Willen der traditionellen Anrainer oder Benutzer angebaut und vermarktet wird, auch noch mit einem Gütesiegel versehen wird. Dass die Vertreibung der Tura von ihren Familienfarmen nicht sozialverträglich ist, braucht man niemand zu erklären. Wichtiger ist es aber, in diesem Zusammenhang die Sozialverträglichkeit als Voraussetzung nicht nur der Zertifizierung, sondern der Entwicklung des Sektors überhaupt in Erinnerung zu rufen. Der Präsident der Union der Kaffee- und Kakaoproduzenten der Region der „Achtzehn Berge“ bringt es auf den Punkt: *zuerst Konflikte regeln, dann den Anbau fördern*.

Wir kommen also zum Schluss, dass der forcierte Kakao-Anbau, wie er durch eine vermutlich ferngesteuerte Task force zum Zweck kurzfristigen Gewinns in Szene gesetzt wird, nicht nachhaltig ist: weder ökologisch noch sozial noch ökonomisch.

Ökonomisch spitzt sich mit der unkoordinierten Produktionssteigerung die Fehlanzeige im Angebot/Nachfrage-Verhältnis weiter zu. Es drohen Preissturz, im Extremfall Zusammenbruch der Märkte, mit unabsehbaren Folgen für die Produzenten weltweit, einschliesslich derer, die diese Dinge durch ihre blinde Gier mit verursachen.

Dabei wird, *ökologisch* gesehen, für einen kurzfristigen, fragwürdigen und überdies auf die Dauer ungewissen Gewinn die irreversible Zerstörung einer natürlichen Ressource in Kauf genommen, die nach Einschätzung aller Sachverständigen und der ivoirischen Umweltbehörde für die zukünftige Nutzung langfristig auch *ökonomisch* von wachsender Bedeutung ist (Artenvielfalt, Tourismus, der östlichste Ausläufer des „Wasserschlosses von Westafrika“²¹).

²⁰ Der Vergleich mit den Kriegerameisen findet sich bei Bernard Dadié, *Légendes africaines*, Ursprungslegende der Baoulé

²¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Fouta_Djallon>

Das Vorgehen bei der Erweiterung der Anbaufläche im gebirgigen Westen im allgemeinen und im Gebiet der Monts Toura im besonderen ist unter all diesen Gesichtspunkten, aber auch schon allein unter demjenigen der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit kontra-indiziert. Nicht zuletzt wird damit eine langfristige Quelle touristischer Nutzung für eine kurzfristige Gewinnmaximierung als Kakaopflanzung endgültig zunichte gemacht.

Kann sich die Côte d'Ivoire einen Skandal dieser Art leisten, wenn sie – bereits beschlossene Sache – nächstes Jahr (2012) den Weltkongress für Kakao der ICCO beherbergen wird? Kann sie sich als Sitz für das Hauptquartier der Organisation für Kakao empfehlen, wenn auf demselben Boden, wo dieses gebaut werden soll, die Kakaopflanzungen mit den Tränen ihrer Bürger und deren Frauen und Kinder getränkt sind – um nicht mehr zu sagen? Die Bewerbung der Elfenbeinküste als Standort dieser Institution läuft zurzeit; sie wurde Ende Oktober vom Leitungsgremium der ICCO entgegen genommen, das nach Konsultation seiner Mitglieder im März 2012 darüber befinden soll.

Die Antwort lautet: Ja, sie kann. Wenn nämlich das, was im toten Winkel des „public eye“ geschieht, unbemerkt bleibt selbst von den sonst sehr präsenten Menschenrechtsorganisationen und weiterhin unter den Tisch gewischt wird. Immerhin scheint man genau dies an der Spitze der Regierung nicht zu wollen.

Hoffnung ohne Illusion

Wer steht hinter dem Run auf das Land im gebirgigen Westen der Elfenbeinküste und der damit verbundenen Zerstörung der Lebensgrundlage der dort ansässigen Bevölkerungen, für die der Name *Tura* exemplarisch steht? Wer sind die Geld- und Auftraggeber, wer streicht den Gewinn ein, wer ist als Käufer oder Verkäufer am Absatz beteiligt? Solidarität mit dem Übernächsten macht es zur Pflicht, diese zu benennen und in die Verantwortung für eine mögliche Lösung des Problems einzubeziehen. Allerdings scheint es sich bei der Art von Konflikt, für den die *Tura* prototypisch stehen, nicht wie bei den meisten der inzwischen publik gewordenen Landgrabbing-Stories²² (z.B. in Kenya, Äthiopien, Mosambik) um eine Angelegenheit zu handeln, die im Dreieck zwischen Regierungen, lokalen Verwaltungen und der örtlichen Bevölkerung auf dem Buckel der letzteren ausgetragen wird. Auch sind auf Antrieb weder Investment-Fonds noch (abgesehen von Soexamex) Multinationale konkret auszumachen, die als heimliche Partner oder Nutzniesser aus dem Busch zu klopfen wären. Weder China noch Indien haben die Finger im Spiel. Es ist eine Angelegenheit, die sich ohne fundierte Kenntnis der jüngeren Geschichte der beteiligten Bevölkerungen und Länder der rationalen Deutung entzieht. Es scheint sich andererseits bei genauerem Hinsehen um Ausbeutung durch ihrerseits Ausgebeutete zu handeln.

Will man dem Verständnis des Problems auch nur einen Schritt näher kommen, ist es wichtig, die Hintergründe dieses von den bekannten Mustern abweichenden „Landgrabblings“ aus dem Blickwinkel aller Beteiligten zu verstehen, auch derjenigen, die momentan dem Anschein nach das Recht des Stärkeren auf ihrer Seite haben. Dies in der Hoffnung, dass – was heute noch unmöglich erscheint – sich die Einsicht durchsetzen wird, dass alle Beteiligten von einem Dialog zwischen Ansässigen und Allogenen profitieren werden.

Es erscheint deshalb als ein Lichtblick in einer fast ausweglosen Situation, dass am ivoirisch-burkinischen Gipfel von Ouagadougou vom 18. November 2011 das Problem des Bodenrechts ins Zentrum einer bilateralen politischen Kooperation zwischen den beiden Ländern gerückt wurde, und ferner, dass dies in einer Weise geschah, die den Befürchtungen

²² Siehe z.B. Landgrabbing. Facts and Figures, Afrika-Bulletin Feb./März 2010, Afrika-Komitee, Basel; Land Grabbing in Kenya and Mozambique, 2010. FIAN, Heidelberg <www.fian.org>

der Bevölkerungsgruppen auf ivorischem Territorium Rechnung zu tragen verspricht²³. Die Platzierung dieses Themas an prominenter Stelle der Agenda – unmittelbar nach der Rehabilitation der Abidjan-Niger-Bahn, der Autobahn nach Ouagadougou und dem Energiedossier – erhält zusätzliches Gewicht dadurch, dass an diesem Gipfel die Regierungen beider Länder *in corpore* teilnahmen.²⁴ Man darf darüber hinaus gespannt sein, ob hier nicht innerhalb der westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion ein Modell regionaler Kooperation im Werden ist, das auch als Gegengewicht zu euro-amerikanischen Begehrlichkeiten für diesen Teil Afrikas zukunftsweisend sein könnte. Dass auch die Umweltproblematik und Maßnahmen zum Schutz der Wälder in diese gemeinsame Agenda aufgenommen wurden, lässt hoffen, dass die alarmierenden Berichte u.a. der Weltbank (SOFRECO-Bericht) über den Umgang der Kriegsparteien mit den Ressourcen nicht auf taube Ohren gefallen sind.

Wenn dabei den Interessen und dem (wenn auch traditionell begründeten, nicht auf Papier verbrieften)²⁵ Recht der ökonomisch und politisch schwächsten Glieder in der Kette der Abhängigkeiten – dazu gehört ohne Zweifel die durch den Run auf ihr Land in ihrer Existenz bedrohte Bevölkerungsgruppe der Tura – Rechnung getragen würde, dann wäre dies allerdings ein Novum. Und doch würde es nach unserer Einschätzung genau davon abhängen, dass angesichts der fortgeschrittenen Konfliktsituation das schon öfter beschworene Risiko einer Neuauflage der tragischen Ereignisse von Duékoué definitiv abgewendet werden kann.

Man darf sich diesbezüglich aber keine Illusionen machen. Denn einer Wiederherstellung des Rechts ohne Diskrimination der Schwächsten stehen, außer den bereits genannten, ganz offensichtlich weiterhin massive Interessen entgegen, die nicht durchwegs im vertrauten *Who's who* der ivorischen Krise vorkommen, aber das eine gemeinsam haben, dass sie von dieser profitieren. Dem eingangs zitierten Appell des Präfekten von Duékoué folgend, macht es die genannte positive und erfreuliche Entwicklung auf der höchsten politischen Ebene umso nötiger, die Hintergründe des Konflikts nicht nur aus der Perspektive der Betroffenen, sondern auch aus derjenigen der Agierenden und Nutzniesser transparent werden zu lassen. Dies zu leisten, soweit es die sehr begrenzten Informationen zulassen, ist der Zweck der folgenden Zeilen.

²³ Der Ausdruck « rassurer » ist in diesem Zusammenhang wichtig : siehe nächste Fussnote.

²⁴ Punkt 5 des Schlussprotokolls (nach der Rehabilitierung der Verkehrswege und der Energieversorgung) : « Le foncier rural: la Conférence a reconnu le caractère complexe et sensible des questions liées au foncier rural et a engagé les deux Gouvernements à prendre des mesures pour la mise en œuvre effective des lois y relatives dans chaque pays. Elle a, en outre, réaffirmé la ferme volonté des deux pays d'entreprendre les actions nécessaires pour rassurer les différentes communautés vivant en Côte d'Ivoire sur les questions foncières. »

²⁵ Die Aushandlung von Geltungsansprüchen bezüglich Grund und Boden bewegt sich zwischen traditionellem und modernem Recht. Konsensorientierte Lösungen erfordern von allen Beteiligten eine erhöhte Sensibilität für die Schnittstelle zwischen mündlich überlieferten Besitzansprüchen und nach modernem Recht kodierten Landtiteln. Im Fall der Tura sind letztere quasi inexistent. Für unsere Problematik relevant sind :

Babo, Alfred, 2010. *Les jeunes, la terre et les changements sociaux en pays baoulé (Côte-d'Ivoire)*.

Paris: AfriMAP, Karthala, Crepos.

Harissou, Abdoulaye, 2011. *La terre, un droit humain. Micropropriété, paix sociale et développement*.

Paris: Dunod. Préface de Jacques Chirac et Abou Diouf

Der Landkonflikt bei den Tura als Teilaspekt der Geschichte zweier Länder

Ich stütze mich im Folgenden auf „lokale Analysen“, persönliche Kontakte mit Akteuren, auf die SOFRECO-Studie der Weltbank²⁶ sowie auf veröffentlichte Quellen der Zeitschrift „Jeune Afrique“ und des „Courrier international“, der Online-Ausgabe von Le Monde.

Wo zwei sich uneins sind, gibt es in der Regel einen lachenden Dritten. Die Regel stimmt auch hier, nur dass es in diesem Fall mehrere lachende Dritte sind. Neben dem Staat Burkina Faso sind die Interessen fluider Netzwerke von Geschäftsleuten (Libanesen werden in diesem Zusammenhang zuweilen namentlich erwähnt) und Politikern aller Schattierungen im Spiel.

Wie kommt es, dass Côte d'Ivoire, einmal das reichste Land Westafrikas, viel gepriesenes Wirtschaftswunder und auch heute noch erster Weltproduzent von Kakao, mit dem ärmeren Sahelstaat²⁷, mit dem es seine Nordgrenze teilt, einen „Land für Frieden“-Handel eingehen musste? „Wie immer der Sieger des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahl heissen wird“, schrieb der Kommentator des *Courrier International* vor einem Jahr im Blick auf deren Ausgang, „der unbestrittene Gewinner heisst nicht Gbagbo oder Ouattara, sondern Blaise Compaoré (der Präsident von Burkina-Faso)“.²⁸

Die eher komplexe Ausgangslage wird dadurch mit bestimmt, dass die Elfenbeinküste als wirtschaftlich geschwächter und politisch immer noch geteilter Staat und als Mitglied – seit März 2009 – der Gruppe der höchstverschuldeten armen Länder, aber gleichwohl immer noch reiches Land unter einer doppelten politisch-ökonomischen Vormundschaft stand und noch heute steht: (i) derjenigen der ehemaligen Kolonial- und Schutzmacht Frankreich. Diese behauptet ihre Vorrangstellung etwa in der Dienstleistungs-Infrastruktur, z.B. der Elektrizitätsversorgung, dem Bankensektor und anderen wichtigen Zweigen der Wirtschaft der ehemaligen Kolonie auch 50 Jahre nach der Unabhängigkeit gegen die Konkurrenz der USA und Chinas, hat inzwischen ein neues Verteidigungsabkommen mit der Elfenbeinküste unter Dach und Fach und scheint auch in Sachen Sicherheit den USA den Rang abzulaufen;²⁹ (ii) derjenigen der Weltgemeinschaft, die sich auf die im Land anwesende UNO-Friedensmission und, nicht zu vergessen, auf die (auf Betreiben Frankreichs) immer wieder erneuerten UNO-Sanktionen stützt. Dabei galt zumindest bis zur Krise der „zwei Präsidenten“ (Ende November 2010-April 2011) als oberste Regel des von der ivoirischen Regierung und Presse erwarteten Wohlverhaltens, von deren Befolgung wiederum Schuldenerlass und Neuinvestitionen abhängig gemacht wurden: es darf keine „Xenophobie“ mehr geben, für deren Exzesse zu Beginn des Krieges und in dessen langer Vorgeschichte man die Bevölkerung des Südens und die damalige Regierung des Landes verantwortlich machte.

Der Regierung – jeder Couleur – sind deshalb die Hände gebunden, wenn es darum geht, ihre eigene Bevölkerung oder die Naturreservate gegen „friedliche“ Aggressionen von „Allogenen“ zu schützen. Diese scheinen sich dessen bewusst zu sein und unter dem Schutz des weiterhin bestehenden Xenophobie-Generalverdachts recht ungehindert zu operieren; einigen von ihnen wird nachgesagt, dass sie sich in ihrem Gastland als Herren fühlen. Dies gilt zwar nicht für die grosse Mehrheit der Burkinabé, von denen die meisten seit langem integriert sind, entspricht aber eindeutig der Wahrnehmung aus der Tura-Perspektive, wie sie in den obigen Zeugnissen verschiedentlich zum Ausdruck kommt. Es ist diese vom Feindbild

²⁶ SOFRECO 2009. West Africa Post-Conflict Environmental Analysis Rapport final, mars 2009 (unpublished). [= Weltbank WBZ24579-d]

²⁷ Siebtletzte Position auf dem World Human development index (2011).

²⁸ Ernest Diasso, Gbagbo ne lâchera rien. *Courrier International*, 10 nov. 2010. (Le titre convient mal au contenu. TB)

²⁹ Lettre du continent##

geprägte gegenseitige Wahrnehmung bei fehlender gemeinsamer Sprache und deshalb stark reduzierter direkter Kommunikation, die ein hohes Gewaltisiko in sich birgt. Ein Risiko, das durch die von beiden Seiten, allerdings mit jeweils umgekehrtem Vorzeichen wahrgenommene Immunität der Landbesetzer noch erhöht wird – eine Immunität gegenüber den staatlichen Organen des Gastlandes und gegenüber Rechtsforderungen, die sich aus der Verhandlung von Konflikten mit der ansässigen Bevölkerung ergeben könnten.

Zu wenig bekannt ist die Tatsache, dass kein anderes Land des westlichen Afrika einen auch nur entfernt vergleichbar hohen Migrantenanteil aufweist wie die Elfenbeinküste mit über 26% Ausländern (Stand 1998, Tendenz trotz krisenbedingten Schwankungen zunehmend).³⁰ Diese, mehrheitlich Burkinabé, hatten als Gastarbeiter und in zweiter Generation als eigenständige Produzenten am damaligen Wirtschaftswunder aktiven Anteil, gerieten aber unter dem Druck der Rezession und bei sich verknappenden Ressourcen zunehmend in Konflikt mit den Ansprüchen der Einheimischen auf Rückgabe von Grund und Boden, den sie von letzteren meist informell erworben oder langfristig gepachtet hatten. Der Konflikt um Landressourcen wurde als Folge der vom Internationalen Währungsfonds verordneten Strukturanpassung und des 1998 vom ivoirischen Parlament verabschiedeten restriktiven Gesetzes zum Landerwerb und –besitz (siehe unten) noch verschärft und weitete sich in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts zu einem *Identitätskonflikt* aus.

Die Ausländerfrage wurde von führenden Politikern gezielt und bewusst ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt und wurde schließlich zu einem der Auslöser des Bürgerkrieges, der ab September 2002 zur Zerteilung des Landes führte. War dieser – unter dem Schlagwort „Ivorität“ ausgetragene – Identitätskonflikt der einzige auszumachende halbwegs ideologische Vorwand für den Krieg³¹, so eröffnete im Gegenzug der international anerkannte Friedensschluss von Ouagadougou im März 2007 eine einmalige Chance, die burkinischen Ansprüche auf ivoirisches Land unter dem wohlwollenden Auge der internationalen Gemeinschaft nicht nur zu bekräftigen, sondern geographisch auszuweiten. Im Fadenkreuz dieser Ausweitung liegt der Westen der Elfenbeinküste, das politische Niemandsland nahe der Grenze zu Liberia, Guinea und Mali. Aus dem Blickwinkel der neuen, recht selbstbewusst, um nicht zu sagen aggressiv agierenden Einwanderung, mit Stossrichtung von Norden nach Westen, handelt es sich bei der Aneignung von Land, auch auf Kosten der Einheimischen, um das natürliche Recht, aus dem Ausgang eines Krieges, den man nicht verursacht und nicht verloren hat (sonst wäre man nicht Vermittler), auch einen entsprechenden Gewinn zu ziehen.

³⁰http://fr.wikipedia.org/wiki/D%C3%A9mographie_de_la_C%C3%B4te_d'Ivoire#Une_exception_en_mati%C3%A8re_de_croissance_d%C3%A9mographique_en_Afrique_de_l'ouest

³¹ Der Krieg wurde allerdings nicht von den « Nationalisten » und Verteidigern der « Ivorität » vom Zaum gerissen. Diese – oder deren Feindbild – dienten vielmehr den Rebellen als Aushängeschild und Rechtfertigung ihres Aufstands und gaben diesem in den Augen der internationalen Gemeinschaft eine Art Legitimität, die er sonst nicht gehabt hätte – eine Legitimität die unter allen afrikanischen Rebellionen bisher dem ANC Mandelas, der Unità in Angola und der eritrischen Befreiungsfront in ihren jeweils besten Zeiten vorbehalten war. Dass es sich bei der Zerstörung der Zivilstandsregister in den von den Rebellen eroberten Ortschaften (z.B. Biankouma, 40 km nördlich von Man, dem administrativen Zentrum des Grossteils des Turalandes) um spontane Wutausbrüche von frustrierten Ivorern aus der nördlichen Landeshälfte handelte, wie Peter Geschiere (2009. *The perils of belonging: autochtony, citizenship, and exclusion in Africa and Europe*, p. 99f.) meint, darf bezweifelt werden und wird von den Betroffenen anders beurteilt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich vielmehr um eine bewusste Taktik handelte, deren Ziel es war, die Grenzen der nationalen Identität zu verwischen, die einzige dokumentarische Grundlage der Herkunft und daraus ableitbarer Ansprüche zu vernichten und dem Widerstand gegen Zugriff auf Land und lokale Ressourcen die einzige allenfalls einklagbare, staatlich garantierte Legitimität zu nehmen.

Der Xenophobie-Verdacht als medieneffizienter Reflex

Vor dem oben geschilderten Hintergrund ist der Begriff der Xenophobie zu einer Konstante im Repertoire des tonangebenden internationalen Diskurses über die Elfenbeinküste geworden. Viele Ivorer jeglicher Herkunft leugnen zwar nicht die Exzesse, vor denen ab 2003 einige zehntausend Burkinabé vorübergehend in ihre Heimat geflohen sind, auch nicht die Diskrimination bis hin zu Gewalt und Exekution am Straßenrand, verwahren sich aber gegen eine Verallgemeinerung, gegen die Brandmarkung ihres Landes oder einer bestimmten Ethnie oder Institution als xenophob. Man kann darauf hinweisen, dass es niemand in den Sinn kommt, Ghana oder Nigeria für Flurbereinigungen viel größeren Ausmaßes der letzten Jahrzehnte in ähnlicher Weise zu verunglimpfen. Aber an Differenzierung ist keiner der internationalen Anwälte politischer Korrektheit interessiert, und deshalb ist es am Angeklagten, seine Unschuld zu beweisen. Jedes Vorgehen gegen Allogene, auch das Vorgehen gegen offensichtliches Unrecht, nicht so sehr im gemeinen Recht, aber sehr wohl in der Landfrage, fällt reflexartig unter dieses Urteil. Die breite Medienberichterstattung hat sich angewöhnt, irgendwelche Konflikte zwischen ethnischen Gruppen an der Elfenbeinküste und oft in Afrika überhaupt durch Xenophobie zu „erklären“. Dass man sich nur schon, indem man das Thema aufgreift, Risiken aussetzt, zeigt das Schicksal einer oppositionellen Zeitung, die kürzlich über die gewaltsame Enteignung einheimischer Bauern durch zugewanderte Burkinabé in der Nähe von Kouibly, südlich von Man, berichtete. Ihr wurde prompt wegen Anstiftung zum Hass und zur Xenophobie für mehrere Tage das Erscheinungsrecht entzogen.³² Nur dass das gleiche Blatt schon am nächsten Erscheinungstag wieder einen Bericht ähnlichen Inhalts aus dem nördlich an das Turaland angrenzenden Departement veröffentlichte. Beide Berichte erscheinen im Licht dessen, was wir vom Turagebiet wissen, durchaus glaubhaft.

Inzwischen hat die Zeitung gegen das staatliche Organ Klage eingereicht, das die Erscheinungssperre verhängte.³³ Man kann dies auf nationaler Ebene als Beweis der Pressefreiheit und als Testfall einer unabhängigen Justiz ansehen, im internationalen Kontext aber als Weigerung, elementare Rechtsgrundsätze dem Diktat der politischen Korrektheit zu opfern und damit das Recht derer, die von deren Missachtung betroffen sind, ein zweites Mal zu verletzen.

Zentrale Voraussetzung für eine Überwindung des Konflikts im Turaland ist es jedenfalls, diesen Konflikt vom gängigen Xenophobie-Diskurs abzukoppeln und ihn auf der Grundlage anerkannter Rechtsprinzipien zu führen. Die Leute selbst, die Tura, und nicht nur sie – die meisten derer, die wie sie den Preis für das von der Weltgemeinschaft abgeseignete Arrangement zwischen den politischen Akteuren und ökonomischen Interessen in der harten Währung ihres Ackerbodens und ihrer Ernährungssicherheit bezahlen, des Einzigen und Wenigen, was sie auf dieser Erde besitzen – sind nicht und waren nie xenophob, im Gegenteil. Und doch scheuen zumindest die Tura nicht davor zurück, die Bedrohung, der sie ausgesetzt sind, ausdrücklich als Angriff auf ihre kollektive Existenz zu bezeichnen.

Für die ansässigen Bewohner des Turalandes ist aufgrund dieser Interessenkonstellation nicht der Krieg, aus dem sie sich zum Missfallen der Rebellen herausgehalten hatten, sondern der Friede zur existentiellen Bedrohung geworden. Die Armut, die bei ihnen über die oben skizzierte Verkettung von Umständen zum Dauerzustand geworden war, machte sie zum verletzlichen und auch bestechlichen Objekt einer expansionistischen Interpretation des Friedensschlusses. Während es kaum junge Turas gegeben hatte, die sich den Rebellen anschlossen – weshalb auch keine Aussicht auf die einst begehrte Entwaffnungsprämie

³² Bericht AFP <<http://news.abidjan.net/h/411508>>.

³³ *Notre Voie* vom 12.-13. November 2011.

bestand – sind einzelne junge Turas bereit, gegen den Willen der Alten deren Land und damit ihre eigene Zukunft und diejenige ihrer Kinder für ein wenig Geld oder ein Prestigeobjekt zu verschachern.

Ein mehrdeutiges Friedensabkommen

Burkina Faso und die Elfenbeinküste waren nie im Kriegszustand. Ganz im Gegenteil – zwischen den beiden Staaten mit ihrer schon seit der frühen Kolonialzeit gemeinsamen Geschichte besteht seit eh und je eine gegenseitig anerkannte Symbiose. Man ist aufeinander angewiesen. Der SOFRECO-Bericht der Weltbank lässt denn auch keinen Zweifel daran, dass die Sicherung der burkinischen Interessen an der Elfenbeinküste, also im Klartext die Interessen des Vermittlers, beim Abschluss des Friedensabkommens von Ouagadougou im März 2007 gleichberechtigte Verhandlungsziele waren wie die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den ivoirischen Konfliktparteien.³⁴ Dazu gehörten, relativ unproblematisch und nachvollziehbar, der ungehinderte Zugang zu den Meerhäfen und die Nutzung der Verkehrswege dahin. Dazu gehörten aber auch die Restitution der Rechte und Besitzansprüche der in ihre Heimat zurückgekehrten burkinischen Remigranten und die ungehinderte Neueinwanderung in den Westen des Landes. In dieser erweiterten Lesart wäre die Preisgabe der vitalen Interessen kleinerer Bevölkerungsgruppen, darunter der Tura, das kleinere Übel, ein Preis, der für ein Appeasement zu bezahlen ist, und deshalb Teil eines integralen Friedens, bei dem der Vermittler gleichzeitig Partei war. Dass dies so nie offiziell kommuniziert wurde und in den Texten des Abkommens nicht einmal andeutungsweise erwähnt ist, ist von der Sache her nachvollziehbar, wirft allerdings die Frage nach der Herkunft dieser Lesart auf. Die Lesart des SOFRECO-Berichtes wird andererseits aber auch von einem an den Verhandlungen ivoirischen Beteiligten als zutreffend bestätigt (p.c.).

Der Auftrag der französischen Agentur, die den Bericht aufgrund einer Feldstudie zu Händen der Weltbank verfasste, war eigentlich politisch wenig brisant. Er lautete auf eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen des militärischen Konfliktes auf die natürlichen Ressourcen auf dem gesamten ivoirischen Staatsgebiet. Doch konnten die demographischen Verschiebungen, die zu der massiven Schädigung der Umwelt beigetragen hatten und noch im Gange waren, aus dieser Perspektive natürlich nicht unerwähnt bleiben. Dazu gehörte namentlich die Besetzung von geschützten Naturreservaten durch bewaffnete burkinische Siedler. Die Bestimmtheit, mit der diese Vorgänge mit einer um die ivoirisch-burkinische Dimension erweiterten Agenda der Friedensverhandlungen verknüpft werden, ist trotzdem erstaunlich, erklärt aber zumindest, warum der Bericht bis heute der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht worden ist.³⁵

Nichts weist unseres Erachtens auf die Existenz eines Geheimprotokolls hin, aus dem sich diese Vorgänge begründen liessen. Viel wahrscheinlicher erscheint eine kommunikative Erklärung, die die strategische Schnittstelle zwischen schriftlich fixierten Verhandlungsprotokollen und der mündlich, zum Teil in den Lokalsprachen erfolgenden Aushandlung von deren Geltung im populären Umfeld in Rechnung stellt. Es erscheint wahrscheinlich, dass es sich dabei um eine möglicherweise durchaus bewusst gesteuerte Rezeption der immerhin einen ganzen Monat andauernden Verhandlungen von Ouagadougou und deren Verfestigung unter den Bedingungen der mündlichen Überlieferung handelt. Der SOFRECO-Bericht reflektiert also nicht die offiziellen Ergebnisse der Friedensverhandlungen, sondern deren Einordnung in das lokal vorherrschende Bild der jüngeren ivoirisch-burkinischen Geschichte, wie sie im Gedächtnis der meisten Burkiner als

³⁴ SOFRECO (2009), S. 106 und 119.

³⁵ Siehe Fussnote 4. Ich bin einem früheren Mitarbeiter der Weltbank zu Dank verpflichtet dafür, dass er mir den Zugang zu dem vollständigen Text ermöglicht hat.

schmerzhaft Erfahrung verankert ist. Die Geschichte, um die es aus dieser Perspektive in Ouagadougou vorrangig ging, war nicht die politische Einigung zwischen den ivoirischen Konfliktparteien, sondern die Leidensgeschichte der Burkinabé im ivoirischen Gastland. Die populäre Deutung des Friedens von Ouagadougou als Beendigung eines ivoirisch-burkinischen Konflikts zugunsten Burkinas (schliesslich kamen die Ivorer nach Ouagadougou, nicht die Burkinabé nach Abidjan!) bildet den Schlüssel zur Erklärung von deren Verhalten auf ivoirischem Boden als Quasi-Eroberer. Sie bildet den Resonanzboden für die einzige aus ihrem eigenen Mund kolportierte Rechtfertigung ihres aggressiven Verhaltens, mit dem sie die Inbesitznahme ivoirischen Landes begründen, indem sie dieses als „trésor de guerre“, „Kriegsbeute“ bezeichnen.³⁶

Ivorisches Drama nach burkinischem Drehbuch

Handelt es sich also um ein gigantisches Missverständnis, begünstigt durch den Analphabetismus der durchschnittlichen Akteure, wie sie etwa in den obigen Erfahrungsberichten von Bewohnern der Turaberge auftreten? Dann wäre ja die Aufklärung des Missverständnisses ein Teil der Lösung des Konflikts. Es würde sich darum handeln, den burkinischen Zuwanderern den wahren Sinn des Friedens von Ouagadougou zu erklären, um sie zu einem friedlicheren, menschenrechtskonformeren Verhalten zu bewegen. Doch nein, es handelt sich keineswegs um ein Missverständnis. Die Vorstellung von der Exterritorialität Ouagadougous war, bezogen auf den ivoirischen Krieg, von allem Anfang eine Fiktion, die noch am Tag von dessen Ausbruch am 19. September von der französischen Verteidigungsministerin Alliot-Marie in die Welt gesetzt wurde, um nicht gemäss dem geltenden Verteidigungsabkommen zum Eingreifen und zur Wiederherstellung der territorialen Einheit des Landes zugunsten der Regierung Gbagbo gezwungen zu sein, wozu Frankreich im anderen Fall vertraglich verpflichtet gewesen wäre. Der ivoirische Krieg war nie im territorialen Sinn der reine Bürgerkrieg, als den ihn Frankreich mit dieser Sprachregelung und der daraus folgenden Verweigerung einer Intervention im internationalen Sprachgebrauch etabliert hat. Und der Verhandlungsort Ouagadougou war deshalb, bezogen auf den ivoirischen Konflikt, nie wirklich exterritorial. Dies hat das burkinische Fussvolk ebenso gut verstanden wie die Turabauern, die bereits im Januar 2004, nach ihrer Meinung zum Krieg gefragt, erklärten, dass er von Außenstehendenvom Zaun gebrochen worden sei, , unter Ausnutzung eines inneren Zwists und in der Absicht, den Reichtum des Landes an sich zu reißen.

Dass der Frieden im Nachbarland Elfenbeinküste unter burkinischer Federführung zustande gekommen war, war für viele Burkinabé so etwas wie ein verhaltener Triumph, ein Wendepunkt der Geschichte, ein Ausgleich für die Demütigungen und Leiden, denen manche ihrer drei Millionen in der Elfenbeinküste lebenden Landsleute dort in vergangenen Jahren unter dem Zeichen einer Ausländerpolitik ausgesetzt gewesen waren, die vom Leitmotiv der „Ivorität“ geprägt gewesen war. Möglicherweise sahen sie auch die Chance für eine Korrektur des restriktiven Landgesetzes, das 1998, also noch vor dem Staatsstreich von Weihnachten 1999, der den Reigen der politisch-militärischen Krisen an der Elfenbeinküste eröffnete, von der ivoirischen Nationalversammlung verabschiedet worden war. Dieses Gesetz hatte den erblichen Landbesitz auf ivoirische Staatsbürger beschränkt und damit die Allogenen, in der Mehrzahl burkinische Staatsangehörige, aus ihrer Sicht diskriminiert. Denn sie waren unter dem ersten Staatspräsidenten Houphouët-Boigny den Einheimischen hinsichtlich des Rechts auf Landeigentum faktisch gleichgestellt, wenn nicht gar ihnen gegenüber begünstigt gewesen. Es galt das Motto: *Das Land gehört dem, der es nutzt* – ein

³⁶ SOFRECO (2009), Seite 119.

panionerfreundliches Prinzip, in dem sich das regionalpolitische ökonomische Denken, der strikt regional-frankophone Panafrikanismus und die liberale Einwanderungspraxis Houphouët's, der selbst ausgedehnte Kakaoplantagen besaß, spiegelten. Dieses Denken war einerseits Voraussetzung und andererseits auch Folge des wirtschaftlichen Aufstiegs des Landes im Zuge des Aufschwungs des Geschäfts mit dem Kakao, dessen führender Produzent die Elfenbeinküste mit 40% der Weltproduktion bis heute geblieben ist. Sinkende Weltmarktpreise und die Strukturanpassungsmaßnahmen der 90-er Jahre führten dann, wie bereits gesagt, zu jener Neuregelung des Bodenrechts, die das enger verstandene nationale Wohl im Auge hatte und die Rechte auf Landeigentum für Nicht-Ivorer massiv beschnitt. Aus einer Logik des Ausgleichs heraus, deren Wurzeln letztlich allerdings bis in die koloniale Vergangenheit zurückreichen, war es ein kleiner Schritt, den nach außen hin als Ende des inner-ivorischen Konfliktes deklarierten Friedensschluss in einen burkinischen Erfolg, ja einen Sieg umzudeuten und die Übernahme des Löwenanteils des Landes des immer noch als reich geltenden Nachbarn als eine Art Reparaturleistung, ja mehr als das, als eine Korrektur der Irrtümer der eben skizzierten Geschichte zu legitimieren. Dabei erweckt das Verhalten der „Sieger“ keineswegs den Eindruck einer vorübergehenden Einquartierung, sondern den einer auf dauerhafte Veränderung der demographischen Verhältnisse abzielenden Umsiedlung von einem Teil des Bevölkerungsüberschusses der Sahelzone ins südliche Eldorado – oder eben in den „wilden Westen“.

Wem nützt das alles? Eine andere burkinische Sicht

Ein Eldorado? Eine Reihe weiterer Indizien lassen an dieser These zumindest in der triumphalistischen Version des SOFRECO-Berichtes Zweifel aufkommen. Den bisher konkretesten Hinweis diesbezüglich gibt ein Bericht von Venance Konan, bekannter Schriftsteller, Kritiker Gbagbos und heute Chefredaktor der traditionsreichen Abidjaner Tageszeitung *Fraternité-Matin*. Konans Reportage³⁷ beruht auf einer Feldstudie, die er nach seinen Angaben noch vor der sogenannten postelektoralen Krise und damit auch vor den Massakern in der Gegend von Duékoué, 80 km südlich von Man, durchführte. Konan berichtet von einer burkinischen Enklave im Mont Péko-Nationalpark, nahe der Strasse von Man nach Duékoué, mitten auf dem Hoheitsgebiet der Elfenbeinküste. Der entscheidende Auslöser für dieses Beispiel aggressiver Siedungspolitik wäre auch hier der Friede von Ouagadougou, als dessen Ergebnis die früheren Kriegsgegner sich die Hand gereicht und eine Art Menschenhandel (so der Autor) mit burkinischen Arbeitskräften in die Wege geleitet hätten. Man habe diese mit Versprechen gelockt, um sie am Ende, abgeschottet von der lokalen Bevölkerung, in dem zur Plantage umfunktionierten Park als Arbeitssklaven einzusetzen. Nicht sie seien Nutznießer des Produkts ihrer Arbeit: vielmehr werde dieses zum Profit der Hintermänner auf den üblichen Kanälen Richtung Norden exportiert. Doch wer sind diese Hintermänner? Konan ortet sie in beiden grossen politischen Lagern und keineswegs nur oder in erster Linie auf burkinischer Seite. Das Pikante an dieser Erklärung ist, dass sie gemäss dem Autor von einem Chef der Burkinabé in Duékoué stammt.

Sollte etwas Ähnliches in den Turabergen von statten gehen? Dann wäre das, was hier geschieht, ein doppeltes Unrecht, eine doppelte Ausbeutung, einerseits der bereits ansässigen Bevölkerung (zwar nicht im Fall des Mont Péko, wohl aber in dem der Monts Toura), die ihrer Lebensgrundlage beraubt wird, und andererseits der zu unklaren Zwecken rekrutierten M., die als Arbeitsvieh von Kolonisten in Smoking und Krawatte auf Landraub ausgeschickt werden. Mit dem einen Unterschied, dass das, was dort inzwischen nur noch gesühnt werden kann, hier vielleicht noch verhindert werden kann. Vielleicht.

³⁷ Konan, Venance, 2011. *Ouest ivoirien: chronique d'un massacre annoncé*.
< <http://www.slateafrique.com/1381/ouest-ivoirien-chronique-massacre-annonce>>

Geben wir nun das Wort nochmals einem Vertreter der Tura.

Radiointerview mit einem prominenten Tura

[AA, Chefbeamter sowohl bei der alten wie bei der neuen Regierung, musste zweimal während der Krise wegen seiner politischen Überzeugung um sein Leben fliehen. Einmal wurde das Haus, das er mit seiner Familie bewohnt, geplündert. Seine erste Sorge aber ist: **Der Run auf das Land der Tura zerstört eine einmalige Kultur.**]

Interviewerin: Ich begrüße Sie zu unserer Sendung XX auf Radio ZZ. Unser Thema: *Wie kann das Vertrauen zwischen den Bevölkerungsgruppen wiederhergestellt werden?*

AA: In den kleineren Städten wie z.B. der Stadt Man verbessert sich die Lage zusehends. In den ländlichen Gegenden liegen die Dinge aber anders. Und wenn ich mich nicht täusche, ist die Lage in meiner engeren Heimat, bei den Tura, meiner eigenen Volksgruppe, recht eigentlich katastrophal. Was dort vor sich geht, erweckt den Eindruck, dass da ein Ethnozid [Völkermord im Sinn der Auslöschung einer kollektiven Identität] im Gang, wenn nicht bereits vollendete Tatsache ist. Dies hängt mit der räumlichen Lage der Tura zusammen: Sie leben abgeschlossen vom Rest der Welt in einem dreiecksförmigen geografischen Raum, der von den Achsen Man-Touba, Touba-Séguéla und Séguéla-Man begrenzt wird. Das Turagebiet ist in diesem Dreieck eingeschlossen. Zwar waren von jeher auch Nichteinheimische dort ansässig, zwei, drei, bis maximal zehn allochthone Familien in einem Ort. Jetzt aber, seit Kriegsausbruch, ist da eine eigentliche Invasion im Gang.

Interviewerin:

Das spielt sich in unserer Region, in unseren Dörfern ab. Und jetzt generell, wir haben eine sehr schlimme Nachwahl-Krise erlebt. Und heute spricht man von Versöhnung und sozialem Zusammenhalt unter den Ivorern. Was kann man unternehmen auf nationaler Ebene, um diesen sozialen Zusammenhalt zu erreichen?

AA :

Pauschal von einer nationalen Aktion zu sprechen, ist schwierig. Es stimmt aber: man muss etwas unternehmen. In der Tat ist Gerechtigkeit für alle das, was auf der nationalen Ebene gefordert ist. Diese Gerechtigkeit braucht es für jedermann. Wenn sie da ist, hat man Vertrauen gegenüber allen. Die Arbeit aller muss wieder geschätzt werden. Allen erlauben, das zu tun, was sie schon immer getan haben. Ich glaube, dass dies auf allen Ebenen so ist. In diesem Sinn sind die globalen Aktionen wichtig. Aber es braucht auch die lokalen, sogar die individuellen Aktionen, da jeder die Probleme etwas anders erlebt hat. Die Tura sind dafür ein gutes Beispiel.

Den Krieg als solchen, mit Gewehren und so, haben die Tura nicht sehr intensiv erlebt. Aber jetzt, nach dem Krieg, ist es für sie viel schlimmer, weil man jetzt alle von ihren Feldern jagt. Ja, man verjagt sie sogar aus ihren Dörfern. Ein Betroffener hat es kürzlich so gesagt: „Ich werde von jetzt an beim Unterpräfekten oder beim Präfekten wohnen. Ich weiß nicht mehr, wohin ich gehen soll“. Also ich sage, dass man in diesen Fällen etwas unternehmen muss. Hier hat sich der Präfekt schon mit den verschiedenen Gruppierungen getroffen. Zuerst mit der Administration, mit den Regional-Beauftragten, die wir sind, und dann mit den ethnischen Gemeinschaften. Er hat sie getroffen, und sie haben diskutiert.

Dabei haben sich alle, wirklich alle Gemeinschaften dahingehend geäußert, dass zuerst alle entwaffnet werden müssen, die kein Recht auf eine Waffe haben. Solange man überall Leute umhergehen sieht mit Waffen... Man hat zwar gesagt, dass die Straßensperren aufgehoben werden müssen. Aber wirklich aufgehoben hat man sie nur auf den Durchgangsstraßen. Um zum Beispiel in mein Dorf zu kommen, muss ich fünf Sperren passieren. Nehmen wir V. (ein

kleines Dorf in der Nähe der Stadt Man): Dort hat es im Abstand von maximal 100m zwei Sperren und bei jeder muss man 500F bezahlen. Man ist in Sichtweite und kann miteinander sprechen, aber du zahlst 500F hier und 500F dort.

In den Gesprächen wurde betont, dass wir uns nicht in einem rechtlosen Staat befinden, weil der eine A ist und der andere B. Aber das bringt den sozialen Zusammenhang nicht. Deshalb braucht es hier Aktionen. Man hat auch schon damit begonnen. Aber alle kommen immer wieder auf das eine zurück: was Vorrang hat, ist die zu entwaffnen, die kein Recht auf eine Waffe haben. Und dass die Bewaffneten aus allen Dörfern verschwinden müssen. Diese kleinen Militärlager sind noch an jedem Dorfeingang. Die kleinen Dörfer, wo die Leute am Morgen aufstehen und bevor sie auf dem Felde sind, schon auf bewaffnete Leute stoßen. Wie können sie sich da sicher fühlen? Also, das ist was sofort getan werden muss.

Interviewerin:

Und welches sind, ihrer Ansicht nach, die Leute die man in diese Vermittlung einschließen kann? Damit definitiv wieder Friede herrscht an der Elfenbeinküste.

AA :

Gut. Ich sehe alle Dorfchefs. Sie können selbst zuhören, und sie haben fähige Leute die zuhören. Unsere Bevölkerung hat dieses Gute, dass die Leute zuhören, wenn man zu ihnen spricht. Aber sie hören nur zu, wenn man auch tut, was man sagt. Wenn es heißt: „Morgen steht dieser Baum nicht mehr hier“, dass er dann auch wirklich nicht mehr da steht. Sonst riskiert man, dass sie auf ihrer Position beharren und keine Zugeständnisse mehr machen. Aber wenn man ihnen sagt: „Dies wird sich ändern“ und es ändert sich wirklich, dann lassen sie sich auf die Sache ein. Deshalb denke ich, dass die Dorfchefs eingebunden werden müssen, aber es hat auch andere Führer, die jetzt mitmachen. Man muss aber auch, sagen dass das hier stationierte Militär kein Iota von seiner Position abgewichen ist.

Seit dem Friedens-Abkommen von Ouagadougou - heute spricht man von der „Nachwahl-Versöhnung“ – hat sich nichts bewegt. Das ganze Problem hängt daran. Deshalb denke ich, dass auf dieser Ebene etwas geschehen muss. Ihre Chefs müssen ernsthaft mit ihnen sprechen. Es darf nicht bei einer über Radio und Fernsehen verbreiteten Erklärung bleiben.

Interviewerin:

Kurz zusammengefasst: Was würden Sie heute den Ivorern zum Thema Versöhnung sagen?

AA :

Ich denke dass wir sagen müssen, dass Versöhnung wichtig ist für alle. Niemand sollte sagen, weil ich das und das, oder der und der bin, brauche ich keine Versöhnung. Ich denke, dass alle Ivorer sich in den Kopf setzen müssen, dass ohne Versöhnung niemand vorwärts kommt, weder die Sieger noch die Besiegten. Die wichtigste Frage ist: Was geschieht nachher, nach dem Sieg oder nach der Niederlage? Es braucht die Versöhnung, damit es ein Nachher gibt für Alle. Wenn nicht, ist dies das Ende der Elfenbeinküste und eines jeden Ivorers. Wenn ich Sieger bin... gut, oder wenn ich mich heute Sieger nenne, aber ohne Versöhnung werde ich selber nicht in Sicherheit sein, und riskiere sogar, mich als Sieger im Exil wiederzufinden. Oder angenommen, ich bin heute Besiegter, was bleibt mir da, wenn ich mich nicht versöhne? Es ist also diese Botschaft, die jedermann hören muss. Die Versöhnung ist nötig für die Sieger und die Besiegten, sie ist nötig für jedermann, damit man wieder leben kann. Damit man sich entwickeln kann. Ohne sie ist nichts möglich.

Interviewerin: Danke!

Frieden auf Erden? Vorweihnachtlicher Epilog

Für die Tura stehen die Karten schlecht. Sie sind in exemplarischer Weise das Faustpfand der *pax burkinensis* (des von Burkina Faso garantierten Friedens) und scheinen zum Bauernopfer der damit einhergehenden regionalen Neuordnung der Machtverhältnisse ausersehen, die von der UNO-Friedensmission mit viel militärischem Personal und Geld unterstützt und überwacht werden wird. Deren Wachsamkeit gilt vor allem dem Schreckgespenst der „Xenophobie“, nicht etwa den bedrohten Autochthonen, zu denen die Tura zu zählen sind. Niemand, am wenigsten die inzwischen zum Club der ärmsten Länder gestoßene Elfenbeinküste, kann es sich leisten, unter dem wachsamen Auge der UNO politisch unkorrekt zu handeln, sonst könnte diese Onkel Sarkozy bitten, nochmals einen Einsatz zugunsten angeblich bedrohter Zivilisten fliegen.³⁸ Jeder Versuch, die Realität der Landbesetzung pauschal rückgängig zu machen, würde unweigerlich den Bannstrahl der internationalen Gemeinschaft auf sich ziehen.

Der einzig realistische Weg am Ethnozid vorbei (AA's Ausdruck) ist der einer Kohabitation, und dies setzt Versöhnung voraus. Versöhnung wiederum ist nur möglich, wenn, wie AA sagt, Rechtssicherheit hergestellt wird, unter Einbeziehung der traditionellen Regeln der Landzuteilung.

Auf internationaler Ebene scheint ein möglicher Weg der, über die Einforderung des geleisteten ökologischen Einsatzes Druck auszuüben. Das Beispiel der Dörfer um Gouané, mit denen sich durch die Zeit des Krieges hindurch eine Partnerschaft gebildet hat, zeigt, was einheimische Völker für uns und unsere Kinder leisten können und auch zu leisten bereit sind. Wir nehmen globales Denken für uns in Anspruch, aber was jeweils unter Globalisierung zu verstehen ist, ist lokal nicht dasselbe bei uns und im Busch Afrikas. Globales Denken kann nur für sich in Anspruch nehmen, wer auch das lokale Verständnis von Globalisierung der anderen im Blick- und Aktionsfeld hat. Es lohnt sich deshalb hinzuschauen und hinzuhören. Wie wichtig wird es in hundert Jahren sein, wie viele Milliarden die Bank X verwaltete, wie viel X für die Übernahme von Y bezahlte? Wir müssen unbedingt wieder lernen, über die Finanz- und Schuldenhaufen hinaus zu denken. Zu den großen Anliegen gehört doch, dass wir unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt und nicht nur digitale Spuren von einer noch halbwegs intakten Natur überliefern können: Artenvielfalt, auch kultureller Reichtum, sind keine Selbstverständlichkeit mehr. Zu denken, „es kommt vielleicht ja alles doch nicht so schlimm“, heißt den Kopf in den Sand stecken. Es gibt eindruckliche Hinweise, dass unsere Enkel uns das Laissez-faire in diesen Dingen nicht zu danken wissen werden.

Sogenannten indigenen Völkern, marginalen Gesellschaften wie den Tura, kommt dabei eine strategisch zentrale Rolle zu, weil ein vielfältiges Ökosystem in einzigartiger Weise Teil ihrer Kultur und Sprache geworden ist. Dass sie auch bereit und wie keiner sonst motiviert sind, das, was ihre Väter und Mütter noch unreflektiert für ihren Bedarf genutzt hatten, nicht nur selbst zu nutzen, sondern auch zu bewahren im Sinne der ökologischen Nachhaltigkeit, das ist eine der Erkenntnisse, die ich dem LAGSUS-Forschungsprojekt verdanke, dessen wissenschaftliche Leitung ich im Auftrag der Volkswagenstiftung während mehrerer Jahre innehatte.

In einem entscheidenden Punkt führen unsere Erkenntnisse allerdings weiter: Indigene Gesellschaften sind durchaus in der Lage und auch bereit, globale Verantwortung zu übernehmen und auf die Nutzung von Teilen ihres angestammten Landes zu verzichten. Wir – mein Mitarbeiter und früherer Nationalparkagent und ich – haben dies in einem Artikel in

³⁸ Siehe den ironisierenden Kommentar im Rückblick auf die Wiederwahl von Paul Biya als Präsident von Kamerun, *Magazine de l'Afrique*, Nov-Dez 2011

der renommierten Zeitschrift *Agricultures* dargelegt, und ich habe an anderer Stelle ausgeführt, welche Überlegungen dabei eine Rolle spielen. Dabei wird auch dort heute reflektiert: (i) das Erbe der Vorfahren mit deren akkumuliertem Wissen im Interesse der nachhaltigen Nutzung zu bewahren; (ii) für *unsere* Nachkommen das zu tun, was sie auch für die ihren zu tun bereit sind. Voraussetzung dafür ist, dass sie in bescheidenem Mass Unterstützung erhalten, dass für sie gangbare Wege aus der absoluten Armut und zur Sicherung ihrer elementaren Menschenrechte gefunden werden.

Das Problem: diese Menschen sind arm und zwar in einer lebensbedrohlichen, gar nicht romantischen Weise arm. Kriege, Dezimierung durch Krankheit – darunter AIDS – schwächt die jüngere Generation in ihrer Substanz und Aktionsfähigkeit. Aber wenn hier eine Verallgemeinerung gelten darf: sie sehen sich anders oder in stärkerem Mass als wir als Teil ihres angestammten Lebensraums und sehen dessen Erhaltung als Teil ihrer eigenen Erhaltung. Wirtschaftliche und ökologische Ziele konvergieren leichter als bei uns und sind nicht so unvereinbar wie wir meinen. Um die Millenniumsziele würde es nicht so verzweifelt schlecht stehen, wenn diese Leute als Junior-Partner in den Pakt einbezogen würden.

Es ist einfach nicht wahr, dass einheimische Völker für ökologische Anliegen taub sind. Der Grund, warum diese Völker in den seltenen Fällen, in denen man ihre Stimmen hörbar macht, sich als Opfer ungerechter Enteignung sehen, ist nicht die Tatsache, dass man ihnen verboten hat, wie ihre Vorfahren Löwen und Büffel zu jagen und Medizinpflanzen zu pflücken, sondern weil sie feststellen, dass Profiteure und gut betuchte Touristen eben das tun, was man ihnen verbietet, dass der Gewinn in die Taschen anderer fließt, und dass sie, zum täglichen Kampf gegen demoralisierende Armut hinzu, einmal mehr die Verlierer sind.

Ich kann natürlich nicht für alle sprechen, aber für die Tura steht dies fest. In diesem Sinn wurde auch das Institut für Sprache und Entwicklung gegründet. Nicht nur für sie, sondern für alle in der Gegend vertretenen Sprachgruppen, auch die neu hinzu gekommenen Burkinabé.

Es stimmt, dass absolute Armut und Hunger in vielen Ländern, darunter die einstmals prosperierende Elfenbeinküste, von Tag zu Tag mehr Menschen in ihrem Würgegriff halten. Am Rande der Legislativwahlen, die in zwei Wochen von unseren Medien kaum beachtet dort stattfinden, besteht die Gefahr, dass die Lebenskosten wieder in die Höhe schnellen, weil Transporteure in Wartestellung gehen, die Grundversorgung landesweit nicht mehr gesichert ist und die Bauern selbst nicht mehr das Nötige haben, um ihre Familien zu ernähren. Woher kommt dies? Passiert es einfach? Unvermeidlicher Kollateralschaden im Bemühen um eine bessere, sicherere Welt? *Work in progress*? Oder ist es gewollt, dient alles dem Zweck, die Kontrolle über fruchtbares Land zur Gewinnoptimierung nutzen zu können? Teil einer global koordinierten Zweckentfremdung des Planeten Erde – zum angeblichen noch größeren Vergnügen der Wohlstandsgesellschaft, die diesen Planeten anscheinend zur ausschließlichen Nutzung gepachtet hat? Von wem eigentlich?

Das könnte uns auch noch relativ gleich sein, denn ein Weg der Armutsbekämpfung ist ja der, statt der Armut der Armen die Armen selbst zu beseitigen, so dass sie nicht mehr wahrgenommen werden, in Slums versinken und man dann dieses Problem kompakt und statistisch flexibel in den Griff bekommt. Also auf eine einfache Formel gebracht: die Armut beseitigen in dem man die Armen beseitigt, auf keinen Fall ihnen gar noch Mitsprache gibt – das wäre nicht gut für die globale Wirtschaft – wie es die Weltbank in ihrem Jahresbericht von 2004 noch gefordert hatte. Die Armut bis 2015 halbieren? Schon immer hatte dies etwas Unheimliches an sich. Nicht nur die Frage: Was passiert dann mit der anderen Hälfte? Aber auch weil es ja verschiedene Weisen gibt, Armut zu beseitigen. Die durch die Nichteinbeziehung der Betroffenen von Anfang vorprogrammierte Pleite der Millenniumsziele lässt sich wohl nur auf statistischem Weg vertuschen.

Bei diesem Feldzug gegen die Armen spielen unterschiedlichste Interessen einander in die Hände, die alle einen gemeinsamen Nenner haben: *möglichst viel Gewinn in möglichst kurzer Zeit*. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Frieden, dessen erstes Ziel aber nicht das Recht auf eine eigene Existenz im umfassenden Sinn ist, nicht das Recht, eine eigene Kultur zu haben und dabei auch noch zu prosperieren. Interesse besteht nur an einem Frieden, der die Interessen der Starken und Einflussreichen schützt und fördert. Dies erklärt, warum der Friedensschluss von Ouagadougou im Jahr 2007 das Totenglöckchen läutete für eine der intaktesten Kulturwelten Westafrikas.

Bis vor kurzem gehörten die Tura zu den isoliertesten Völkern Afrikas. Das heisst nicht, dass sie sich gegen alles stellten, was das moderne Leben ausmacht. Man kann auch nicht sagen, dass sie sich den modernen Entwicklungen wie Schule, Gesundheitswesen, Mehrparteiensystem als Grundlage eines demokratischen Gemeinwesens usw. verschlossen. Im Gegenteil. Aber es bedeutete, dass sie sich für Neuerungen Zeit nahmen und sich ein hohes Maß an Selbstbestimmung bewahrten. Dank dieser konnten sie auf die traditionellen Ordnungen zurückgreifen und z.B. bei Beginn des Krieges Maßnahmen treffen, die verhinderten, dass der politische Konflikt zu Blutvergießen führte. Entscheidungen von großer Tragweite für das Gemeinwesen wurden im sogenannten Kono-Verfahren unter Beteiligung aller, auch der Frauen, getroffen und waren für alle verbindlich. Dabei hatte das Wort der Ältesten ein besonderes Gewicht.

Erstaunlicherweise konnten sich die Tura diese Autonomie auch während des Krieges von 2002-2007 bis zu dessen Ende weitgehend bewahren. Heute ist dies alles als Folge eines Friedens gefährdet.